

Fernsprecher: In Wiesbaden Nr. 636,
in Oestrich Nr. 6, in Eltville Nr. 216.

32. Jahrgang.

Die Aufschrift will ausdrücken, der Herr Erzbischof von Köln habe sich in der Versammlung vom 18. Dezember vorigen Jahres und in dem Schreiben vom 1. Januar dieses Jahres mit der Causa singulari quidam in der Gewerkschaftsfrage in unlösbarer Widerspruch gesetzt. Von der Erklärung vom 1. Januar sagt die Aufschrift, sie sei „anzüglich verkehrt“. In dem Schreiben vom 1. Januar vertritt sich der Herr Erzbischof

gegen, daß er sich mit seiner Erklärung („unter unseren Verhältnissen haben wir die Pflicht, die christlichen Gewerkschaften zu fördern und zu pflegen“) mit der Enzyklika Singulari in Widerspruch gesetzt habe und wolle damit nur der Auffassung Ausdruck geben haben, „durch diese Aufforderung den christlichen Arbeiter gegen die sozialdemokratische Verführung zu schützen“. „Das heiße“, jagt „Arbeit und Wahrheit“, „der Zweck heiligt die Mittel“. Weiter heißt es am Schluß der Aufschrift wörtlich: „Der Herr Erzbischof fährt das katholische Volk irre, wenn er trotzdem behauptet, mit der Enzyklika Singulari an dem nicht in Widerspruch zu stehen. Seine Worte von anderem Munde gesprochen, wäre wie ein Dolch auf deren Bestimmungen. Möge der Herr Erzbischof nun endlich und offen erklären: Seine Worte stehen nicht im Einklang mit der Enzyklika; diese enthält nicht die Pflicht, die christlichen Gewerkschaften zu fördern und zu pflegen, sondern im Gegenteil verbietet dieses. Dann gibt er seinen Diözesanen die richtige Belehrung und erweist der Wahrheit den schuldigen Dienst und die gebührende Ehre!“

Es wird nicht nötig sein, zur Erläuterung der in diesem Sinne noch ein Wort hinzuzufügen; sie sprechen für sich selbst. So ist niemals in einem katholischen kirchlichen Amt beauftragt worden, die Sprache eines blindwütigen, herabwürdigen Fanatismus, welche sich über die Folgen keine Rechenschaft mehr gibt. Das ist ein Katholizismus, der die Autorität des bischöflichen Amtes, des ganzen Episcopats, frech mit Füßen tritt und dabei infiniert, dies geschehe, um die päpstliche Autorität zu wahren! Als wenn das nicht der sicherste Weg wäre, um die kirchliche Autorität überhaupt ins Wasser zu bringen. Mit Zeitungsartikeln läßt sich die Sache nicht erledigen.

Eine Unverfrorenheit

Der Bund der Konfessionslosen hat die kaiserliche Oberpostdirektion in einem Schreiben gefragt, ob sie bereit sei: 1. ihren Beamten gegenüber in religiösen Fragen, auch im Falle eines Austrittes aus der Landeskirche, völlige Unparteilichkeit zu üben, und falls sie Kenntnis von dienstlicher Benachteiligung eines Konfessionslosen Beamten erhalte, gegen den betr. Vorgesetzten entschieden einzuschreiten. Diese ansehnliche Anfrage ist damit beantwortet, daß in den Kreisen der Postunterbeamten allgemein die Ansicht verbreitet sei, der Austritt aus der Landeskirche würde dienstliche Nachteile nach sich ziehen. Die Oberpostdirektion hat darauf erwidert: „Die Oberpostdirektion lehnt es ab, in eine Erörterung der in dem Schreiben gestellten Fragen einzutreten.“ Der Bund der Konfessionslosen erklärt daraufhin, daß er sich nunmehr an den Staatssekretär wenden werde. Unverfrorenheit ist gegenüber einem solchen Vorgehen eigentlich noch ein zu schwacher Ausdruck.

Die Viehzählung am 1. Dezember 1913

Die vorläufigen Ergebnisse der letzten Viehzählung sollen bekanntlich noch in diesem Monate der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Bisher sind nur Teilergebnisse bekannt geworden. Alle diese Teilergebnisse, soweit sie uns bekannt geworden sind, lassen eine erfreuliche Zunahme des Viehbestandes erkennen. So wird u. a. aus dem Bericht, daß die Zählung für die Provinz Schleswig-Holstein gegen das Jahr vorher ein Mehr von 45 000 Rindern und 350 000 Schweinen ergeben habe. Die Zunahme der Rinder übertrifft die vorjährige um das Vierfache.

Kleine politische Nachrichten

Berlin, 13. Jan. Die Abg. Friedberg und Gen. haben folgenden Antrag eingebracht: Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus — unter Beibehaltung des Systems des abgestuften, pluralistischen Auswahls vermeintlichen Wahlrechts und unter Befestigung der Bestimmungen des Gesetzes vom 29. Juni 1893, die den Grundbesitz der Bemessung des Wahlrechts nach der Steuerleistung im Gemeindefiskus verknüpfen — die geheime Stimmabgabe und die direkte Wahl einführt.

Reise, 13. Jan. Dem Zentrumsabgeordneten Stiffrat Horn (Reise), der am 10. Januar sein vierzigjähriges Jubiläum als Reichstagsabgeordneter für Reise feierte, sandte Admiral von Tirpitz folgendes Telegramm: „Dem langjährigen hochverdienten Referenten der Rechnungskommission für den Marineetat sendet zum heutigen Gedenktage herzliche Glückwünsche. — von Tirpitz, Staatssekretär des Reichsmarineamtes.“

München, 13. Jan. Der preussische Gesandte in München hat im Auftrage des Kaisers dem Kammerpräsidenten Dr. v. Ortler zu dem vom König verliehenen Auszeichnung (Verleihung des Titels Erzherzog) die Glückwünsche des Kaisers ausgesprochen. Das Schreiben des preussischen Gesandten lautet: „Se. Majestät der Kaiser und Königin haben mich zu beauftragen geruht, Eurer Erzherzog die Allerhöchsten Glückwünsche zu der Ihnen von Se. Majestät dem König gewordenen Auszeichnung auszusprechen. Es gereicht mir zur besonderen Freude, mich dieses Allerhöchsten Auftrages hiermit entschligen zu dürfen. Der preussische Gesandte: von Treutler.“

Ausland

Französisches Parlament

Paris, 13. Jan. Das Parlament ist heute zu seiner ordentlichen Tagung zusammengetreten. Die Kammer hat ihren bisherigen Präsidenten Paul Deschanel mit 379 Stimmen wiedergewählt.

Die von der Regierung dem Parlament unterbreitete Vorlage über die Einführung einer Vermögenssteuer erregt sich auf die aus Kapital bestehenden Vermögen von mehr als 30 000 Francs. Bei der Berechnung des Vermögens wird jedoch für jedes Kind eine Summe von 5000 Francs in Abzug gebracht. Die Steuer selbst ist progressiv bis zu einem Maximum von 250 Francs pro Mille. Der Ertrag wird insgesamt auf 190 Millionen jährlich berechnet. In den Motiven ist betont, daß diese Steuer auf das Kapitalvermögen schon jetzt ohne Schwierigkeit durchzuführen sei, während die Besteuerung der aus nichtbeweglichen Werten bestehenden Vermögen erst bei der Durchführung der allgemeinen Einkommensteuer durchgeführt werden könne.

Der Streik in Südafrika

Johannesburg, 13. Jan. Die Abstimmung des Arbeiterverbandes lautet mit überwältigender Mehrheit für den allgemeinen Ausstand. Als Hauptbewegungsgrund des Aufstandes wird die Verschärfung der Arbeiterverhältnisse angesehen. London, 13. Jan. Obgleich in Südafrika die Ruhe dank dem gewaltigen bewaffneten Aufgebot der Regierung bisher gewahrt worden ist, scheint sich der Konflikt eher zu verschärfen. Johannesburg ähnelt einem Heerlager. Auf mehreren freien Plätzen hat die Regierung Lager errichtet. So liegen, wie die „Daily Mail“ berichtet, auf dem Platz der Landwirtschaftsausstellung 1000 Burghers. Die meisten von diesen können kein Englisch und sind dem Rufe Botas mit größtem Enthusiasmus gefolgt. Die Gewerkschaften werden dagegen von mehreren Hundert bewaffneten Arbeitern bewacht, die entschlossen sind, das Gebäude gegen die Polizei zu verteidigen. Am Strande kommandiert General Dewet ein großes Aufgebot Burghers. Der Rand wird nun durch 20 000 Mann Militär und bewaffnete Polizei geschützt. Reichstruppen dagegen sind nicht herbeigerufen worden. In der Stadt ist der Verkehr vollkommen unterbrochen und die Straßen beinahe verlassen.

Eine bedenkliche Währung verrät sich jetzt auch im Kaplande in den Wärmewerten. In Salt River hat gestern ein Teil der Kesselmacher den Streik ausgerufen. Die Leute sind nach Kapstadt gezogen und haben demonstriert.

Unterlassung der Zinszahlung in Mexiko

New York, 13. Jan. Uebereinstimmende Nachrichten aus Mexiko besagen: Der Kabinettsrat beschloß, die in diesem Monat fälligen Zinsen auf der äußeren und inneren Schuld nicht zu bezahlen.

Quarta versucht sein Möglichstes, um der Goldausfuhr entgegenzutreten. Gold notiert jetzt mit 12 Prozentagio und der Export ist sehr gewinnbringend. Der Sold für die Truppen ist im Rückstand, weswegen diese unmutig sind.

Washingtoner Telegramme erklären den Zusammenbruch der Regierung Huertas nimmer in sicherer Aussicht, welcher Optimismus hier nicht gerade geteilt wird, da schon manche latino-amerikanischen Republiken jahrelang ihre Gläubiger hingehalten haben, ohne daß able Folgen für die Nachbarn entstanden.

Von der Balkanhalbinsel

Der Streit um die deutsche Militärmision

Petersburg, 13. Jan. Die „Kowoje Wremja“ will erfahren haben, die Flotte habe vor der Ernennung des Generals Viman von Sanders zum Armeeführer die russische Diplomatie sondiert, ob diese Abänderung die Bedenken Auslands gegen die Militärmision zerstreuen werde, aber eine deutliche Ablehnung erhalten. Das Blatt erklärt, der Verzicht des deutschen Generals auf das Kommando des 1. Armeekorps bei gleichzeitiger Uebertragung einer höheren Nachbefugnis sei ein frecher Scherz, und fordert wirtschaftliche Repressalien gegen Deutschland.

Die Antwort der Dreibundmächte

Rom, 13. Jan. Die nimmermehr angekündigte und zurzeit wohl schon erfolgte Ueberreichung der Dreibundnote in London befriedigt hier, weil sie den Gerüchten über Unstimmigkeiten zwischen Rom und Berlin ein Ende macht. Der Inhalt der Note entspricht den früheren Mitteilungen. Neu bekannt werden einige Vorschläge, die sich auf die Verwaltung der in griechischen Besitz übergehenden Inseln, auf militärische Vorbehalte, auf Konterbande und Garantien für die nationalen Minderheiten beziehen.

Soziales

Generalversammlung der „Leo“-Kasse

Köln, 12. Jan. Am gestrigen Tage fand hier eine außerordentliche Generalversammlung der „Leo-Kasse“ statt, in der die Umwandlung der Kasse aus einem kleinen Versicherungsverein in eine Volksversicherungsbank beschlossen wurde. Die einstimmig angenommenen neuen Statuten und Versicherungsbedingungen bringen eine Reihe Verbesserungen, so die Einführung der Kinderversicherungen bis 1500 Mark vom 1. Lebensjahr ab, dann weiter den Vorteil, daß Aufnahmen bis 1000 Mark ohne besonderes ärztliches Attest erfolgen können. Ebenso sind die Rechte der Mitglieder bei einem etwaigen Ausscheiden aus der Kasse sichergestellt worden. Die neu beschlossene Tasse ist günstig und können die Konturen mit allen anderen Volksversicherungen aufnehmen. Die Leo-Kasse zählt heute 1025 Mitglieder mit rund 99 000 Mitgliedern. Das Gesamtvermögen beträgt 1 400 000 Mark. Außerdem wurde ein Organisationsfonds von 100 000 Mark für Propagandazwecke gebildet. Die neuen Tasse und Satzungen werden voraussichtlich in einigen Wochen in Kraft treten, wenn sie die Genehmigung des kaiserl. Aufsichtsamtes erhalten haben.

Arbeitslosigkeit

Berlin, 13. Jan. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder des Metallarbeiterverbandes hat, nach dem „Vormärz“, seit dem Monat Dezember um 4 000 bis 5 000 Mann zugenommen.

Die schlechte wirtschaftliche Lage

Berlin, 12. Jan. (Die schlechte wirtschaftliche Lage.) Wie der preussische Eisenbahndirektor in einem längeren Erlaß an die Direktoren u. a. mitteilt, lassen die Einnahmen aus dem Güterverkehr, der ungenügenden wirtschaftlichen Konjunktur entsprechend, seit einigen Monaten sehr zu wünschen übrig. Voraussichtlich wird der Güterverkehr weiter zurückgehen, und es wird nötig, die Zahl der Güterzüge und ihre Ausnutzung dem nachlassenden Verkehr anzupassen, damit die Ausgaben auf Notwendigkeit beschränkt werden. Hard in Hand damit soll, wenn möglich, eine Verminderung des Rangierpersonals gehen. Neueinstellung von Arbeitskräften darf nur noch erfolgen, wenn sie als Ersatz für abgehende dienen. Für jede anderweitige Einstellung von Personal behält sich der Minister in jedem einzelnen Fall die Entscheidung vor. Wenn die Eisenbahnverwaltung anfängt, derartige Maßnahmen zu treffen, muß es in Industrie und Handel wirklich böß aussehen; seit Jahren lagen ähnliche Erscheinungen im Güterverkehr nicht vor.

*

Berlin, 12. Jan. Augusten des beim Landtage eingebrachten preussischen Wohnungsgesetzentwurfes veranlaßt der Deutsche Verein für Wohnungsreform am 23. Januar hier eine Delegiertenversammlung der Organisationen und Freunde der Wohnungsreform, die „Dritte deutsche Wohnungskonferenz“. Gesch. Oberbaurat Stübgen, Dr. Menrath, Wohnungsvereine in der Zentralkasse für Volkswohlfahrt, und Dr. A. v. Mangoldt, Generalsekretär des Deutschen Vereins für Wohnungsreform, werden über den Entwurf berichten, und es soll zu dem Ganzen wie zu den einzelnen Teilen des Entwurfes Stellung genommen werden.

Berlin, 13. Jan. Der Ausschuss des Deutschen Arbeiterkongresses hielt heute im Reichstagsgebäude eine Sitzung ab. Beschlüsse wurde die Ausgestaltung des Ausschusses. Für die Vorbereitung wichtiger Fragen der Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik sowie der sozialen Wahlen zur Vertretung wurden ständige Ausschüsse gebildet. Zur Förderung der letzten Kongreßbeschlüsse wurde ein Aufruf an die Mitgliedschaften festgestellt. Sodann nahm der Ausschuss Stellung zu der vom Reichsfürsänger angekündigten Denkschrift über die Auswüchse des Organisationswesens. Schließlich wurde ein Unterausschuss eingesetzt, der sich mit der sozialen Fürsorge für die Ab- und Zuwandernden beschäftigen soll.

Aus aller Welt

Katholikentag in Münster

Münster, 13. Jan. Als Tag der Gründung des Sozialkomitees für die 61. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands ist nunmehr Sonntag, 18. Januar, bestimmt worden. An diesem Tage wird vormittags 9½ Uhr im hohen Dom ein feierliches Hochamt gehalten werden, um den Segen Gottes auf die Arbeiten des neu zu bildenden Sozialkomitees herabzusenden. Nachmittags 5 Uhr wird im großen Kathedralaal die Eröffnungsversammlung stattfinden. In ihr ist zunächst das Präsidium und der weitere Vorstand zu wählen, sodann die Vorsitzenden der einzelnen Kommissionen. Der Bischof wird diese Versammlung mit seiner Gegenwart beehren. Gleich nachdem das Komitee sich gebildet hat, beginnen die Kommissionen ihre Arbeiten.

Schweres Explosions-Unglück

Bochum, 13. Jan. Heute vormittag ist hier ein Pulverturm in die Luft geflogen. Die Stätte des Unglücks liegt in Trümmern. Wie es heißt, sind drei Fuhrleute, zwei Gebäude Brand aus Laer und einer namens Bachwinkel aus Weimar getötet worden. Die Leichen sind nicht zu finden. Wahrscheinlich sind sie zerissen worden, ebenso wurden die Pferde getötet. Die Ursache des Unglücks hat noch nicht festgestellt werden können. Wahrscheinlich ist die Explosion bei der Pulverladung erfolgt. In der Querenburger Schule entstand eine Panik. Sämtliche Fenster des großen Gebäudes wurden zertrümmert.

Weiter wird uns über das Unglück gemeldet:

Der auf den Höhen des Kalveskopfes gelegene Dynamitfabrikanten der Firma Grüner in Bochum ist gegen 11.15 Uhr infolge Explosion in die Luft gesprengt. Der Luftdruck wurde fünf Kilometer weit verpflügt. In Bochum zerbrachen an mehreren Häusern die Fensterscheiben. Ein Mädchen wurde von einer einfallenden Fensterscheibe an der Hand erheblich verletzt. Der

Explosionssort liegt an dem Ausgange des sogenannten Potten-tales nach Witten hin durch die Berge geschützt. Daher ist es auch zu erklären, daß die nach Witten hin gelegene Gegend von dem Luftdruck ziemlich verschont geblieben ist. In den nahe gelegenen Orten Herbede, Heven und Querenburg hat die Explosion an den Gebäuden nicht unerheblichen Materialschaden angerichtet. Von dem Dynamitfabrikanten ist nichts mehr zu sehen. Ein ausgeführter Bergabhang bezeichnet den früheren Standort des Schuppens. Drei Arbeiter beim Fuhrleute, die beim Ausfahren des Dynamites beschäftigt waren, sind zu Tode gekommen, und zwar in Atome zerhackt, ebenso das Fuhrwerk und zwei Pferde. Am Bergabhang liegt noch ein Pferdekadaver. An den Bäumen des Abhanges hängen Ueberreste der Pferdebeden. Der Luftdruck hat den Teil des Abhanges, welcher nach der Richtung der Gemeinde Querenburg liegt, entzweit. Der Dynamitfabrikant barg heute vormittag noch 6000 Kilogramm Dynamit. Ueber die Ursache verläuft nichts bestimmtes. Man nimmt an, daß den vor Mitternacht erloschenen Fuhrleuten eine Riste Dynamit beim Ausfahren entfallen ist. Die Getöteten sind: die beiden Anstreicher Bachwinkel aus Laer und der Arbeiter Bachwinkel aus Weimar bei Bochum.

Wassernot an der Ostsee

Rössel, 12. Januar. Wie bereits kurz gemeldet ist, hat die neue Sturmflut der Ostsee einen furchtbaren, noch gar nicht zu übersehenden Schaden angerichtet. Durch diese Katastrophe, der schwersten seit dem Jahre 1872, sind an der ganzen Ostseeküste, namentlich am Stettiner Haff und an der Rügenküste, Hunderte von Fischer- und Bauernfamilien auf das schwerste geschädigt und zum Teil gänzlich ruiniert worden. Der ganze Haff-Bereich ist verunreinigt, und die Leute haben die Häuser geräumt, die der heranbrausenden See zum Opfer gefallen sind. Hunderte Szenen spielten sich in Lae und Damerort ab. In beiden Dörfern, die vollkommen vernichtet sind, liegt das Wasser am Sonnabend vormittag innerhalb zweier Stunden so schnell, daß die Bewohner nichts als das nackte Leben retten konnten. Das von den gurgelnd heranströmenden Wellen erschreckte Vieh konnte nicht mehr losgemacht werden und ertrank in den Ställen. Von einem scharfen Nordwind gepeitscht, ließen die Fluten höher und höher und brachten die auf dem Strande stehenden mit Schnee bedeckten und zum Teil eingefrorenen Äste alsbald zum Sinken. So blieb den unglücklichen Bürgern nichts übrig, als auf die Dächer der Häuser zu flüchten. Hier hockten Männer, Frauen und Kinder, 20 Familien, fast 30 Stunden lang, in durchnässten Kleidern und warteten auf ihre Rettung. Die Kinder, darunter solche im jüngsten Alter, kammerten sich an die Eltern an, und letztere mußten das Jammern der Kinder anhören, ohne helfen zu können. In Lae wurden die Häuser von den unablässig herandrängenden Wellen unterhalb und härtesten schließlich ein. Die Bewohner retteten sich schwimmend bis zu den nächsten Häusern und flüchteten dann, als eine Zufallschiffahrt nach der andern verschwand, auf die höchste Düne, wo sie noch fest ausharren. Dort steht ein festes Haus, in dem die Bedauernswerten, eng zusammengepackt, Zuflucht gefunden haben. Den meisten der Unglücklichen war es nicht gelungen, sich ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versehen, und so gefiel sich zu der Qual die Mähe und der Hunger. Die Ostsee Damerort ist vollständig vom Erdboden verschwunden. Die See rauft über sie hinweg und kein Merkmal ragt aus den Fluten heraus, die Stelle zu finden, wo das friedliche Dörfchen gestanden. Die Bewohner, etwa hundert, konnten nur das nackte Leben retten. Mit Gewalt mußten sie schließlich von den Bewohnern des durch große Fluten geschützten Ortes Steinort von der wüsten Stätte ihrer Heimat hinweggeführt werden. Alle fanden bei den Steinort Einwohnern gütliche Aufnahme. Der Jammer der Bedauernswerten, die ihr ganzes Hab und Gut verloren haben, ist unbeschreiblich. Hoffentlich wird den armen Fischern auf dem Wege der öffentlichen Mithätigkeit ihr hartes Los erleichtert werden. — Auch über das Schicksal der Laer Bevölkerung verläuft noch nichts Gewisses. Die Ostsee, die etwa fünfzehn Meter über den normalen Stand gestiegen ist, schlägt so gewaltige Wellen, daß eine genaue Unterscheidung nicht möglich ist. Am Sonnabend abend gelang es zwei Köstener Bürgern unter höchster Lebensgefahr, bis zum Hals im Wasser wadend, und über das dünne Eis des Zäsmunder Sees kriechend, bis nach Lae vorzudringen. Sie fanden dort namenlos Jammer. Die Bevölkerung, die an ihrer Rettung zweifelte, glaubte in den Erdrückenden Geisteskräften zu leben und starre sie stumm an. Auf alle Fragen antworteten die Leute nur durch Achselzucken und wiesen auf ihr vernichtetes Eigentum hin. Rettung scheint für die Unglücklichen vorläufig nicht möglich zu sein, denn es erweist sich als unausführbar, mit Bojen an das bedrohte Dorf heranzukommen, da der schwere Eisgang die Boje einfach zerhacken würde. Die von Köstener entlassenen 250 Mann vom 54. Infanterie-Regiment mußten in der Nacht umkehren, weil sie bis zum Hals in den Fluten verlor und während den Boden unter den Füßen verloren. Am Sonntag mittag trafen die Soldaten todmüde wieder in Köstener ein. Man hatte gehofft, daß es den Infanteristen gelingen würde, das sogenannte Tief, den Abfluß des Zäsmunder Sees nach der See zu, von den angeschaueten Massen Seelandes zu befreien, doch erwies sich diese Hoffnung als trügerisch, weil die reißende Flut alles hinwegschwemmte, was in sie hineingeriet.

Sturmflut

Rössel, 13. Jan. Die Sturmflut an der Ostsee am 9. Januar richtete an den Küsten des Regierungsbezirks, wie die amtlichen Feststellungen ergeben haben, doch nicht so gewaltige Schäden an, wie nach den ersten Nachrichten allseitig befürchtet wurde. Es ist festgestellt, daß nirgends der Bereich eines Menschenlebens bedrohbar ist. Verluste an Vieh sind fast nirgends zu verzeichnen. Viele Baukästen wurden infolge des Eindringens des Wassers beschädigt. Zahlreich sind die Beschädigungen an den Futtervorräten und Lebensmitteln, namentlich an den Kartoffeln in den Kellern und Mieten. Wohl am meisten litt der Sauggürtel des Küstenlandes. Auf weiten Strecken sind Abbrüche von 10 bis 20 Meter Breite zu verzeichnen. Es kostet viel Arbeit, Zeit und Geld, um den Schaden wieder gut zu machen.

Stettin, 13. Jan. Die Kaiserin hat an das Oberpräsidium folgendes Telegramm gerichtet: Neues Palais. Tiefbetrogt durch die Nachricht von dem schweren Unglück, das die pommerische Küste heimgesucht hat, bitte ich Sie, den betreffenden Gemeinden meine warmste Teilnahme zu übermitteln. Die bereits eingeleitete Hilfsaktion werde ich nach Kräften zu fördern suchen und hoffe, daß es dadurch gelingen wird, den Notstand zu lindern.

Eine ganze Familie erfroren

Laer (Schlesien), 12. Jan. (Eine ganze Familie erfroren.) Eine aus sieben Köpfen bestehende deutsch-russische Familie, die auf einem Rittergut beschäftigt war, wanderte, um das Fuhrgebot zu sparen, zu Fuß nach der Heimat. Unterwegs wurde sie von einem Schneesturm überfallen. Alle sieben Personen wurden erfroren aufgefunden.

60 Rekruten vermisst

Petersburg, 12. Jan. (60 Rekruten vermisst.) Während des letzten Schneesturmes marschierte von Kronstadt nach Tranienbaum eine Abteilung von 60 Rekruten. Sie verloren die Richtung und sind nicht an ihrem Bestimmungsort angelangt. Man nimmt an, daß sie alle erfroren sind.

Neue militärische Ausgaben in Frankreich

Paris, 13. Jan. Der Kriegsminister hat die Prüfung der Ausgaben beendet. Die sich aus der dreijährigen Dienstzeit und aus der Verbesserung der Bewaffnung ergeben. Die nicht wiederkehrenden Ausgaben für das die dreijährige Dienstzeit betreffende Geheiß betragen 660 Millionen Franken und werden auf drei Jahre verteilt werden, die hauptsächlich für den Bau von Kasernen bestimmt sind. Für die Verbesserung der Bewaffnung sind 1 400 Millionen eingelegt. Der Rest, von welchem 220 Millionen nicht bringend sind, da ihre Verwendung vor dem Jahre 1919 nicht vorgesehen ist, soll durch das normale Budget und weitere 800 Millionen durch besondere Hilfsquellen aufgebracht werden.

Ein Dampfer in Gefahr

St. John (Neu-Braunschweig), 13. Jan. Der Dampfer „Cavaquid“ (?) der Royal Mail Company, mit Passagieren und Ladung von Westindien kommend, ist bei Briar Island in der Fundy Bai gestrandet. Nach einer drastischen Meldung befindet er sich in einer gefährlichen Lage. Mehrere Schiffe sind zur Hilfeleistung abgegangen.

Vulkanausbruch

Tokio, 12. Jan. Auf der Insel Sakurajima ist ein harter vulkanischer Ausbruch erfolgt. Die Stadt Nagaschima und die umliegenden Dörfer brennen.

Tokio, 13. Jan. Künstliche Mitteilungen besagen, daß eine Plutwelle die Schären des Vulkanausbruchs auf Sakurajima vermehrte. Hunderte von Häusern seien zerstört oder beschädigt, viele Einwohner getötet oder verletzt. Immerhin glauben die Befürworter, daß der Verlust an Menschenleben nur auf der Insel ein besonders schwerer sei.

Tokio, 13. Jan. Ganz Südjapan wurde von einem starken Erdbeben heimgesucht. Gestern traten die Vulkane Aso und Kirishima in Tätigkeit.

Tokio, 13. Jan. Der vulkanische Ausbruch auf der Insel Sakurajima in der Nagaschima-Bucht erfolgte nach einem mehrtägigen Erdbeben. Der Ascheneigen verhallte die Insel und fiel bis in die zwei Meilen entfernte Stadt Nagaschima. Das Schicksal von 20.000 Bewohnern der Insel und acht Dörfern ist unbekannt, da der Telegraph unterbrochen ist. Der letzte vulkanische Ausbruch auf der Insel fand im Jahre 1780 statt. Zwei Marinegeschwader haben sich in aller Eile nach Sakurajima begeben.

*

Mainz, 13. Jan. Am Rischtor wurde die Leiche eines sechsjährigen Knaben gefunden. Es handelt sich um den Sohn des Wingers Schwinn aus Deutschheim, der seit Anfang Dezember mit einem Sohn und einer Tochter vermisst wird und damals den Tod im Rhein gesucht hat.

Worms, 11. Jan. Von der Rheinstraßenbrücke führte sich gestern ein 17jähriges Mädchen aus Deutschheim a. d. R. in den Rhein. Es Moritz der Tat wird in einem hinterlassenen Brief Furcht vor der Hochzeit angegeben, die am gleichen Tage stattfinden sollte.

Düsseldorf, 12. Jan. Die Gesellschaft Kurhaus und Salinenhof Düsseldorf hat ihr Kurhotel an den Ostseebadbesitzerverband Stuttgart einschließlich Inventar zum Preise von 465.000 Mark verkauft. Die Eröffnung des in ein Brauereigehäuse umgewandelten Hotels erfolgt am 1. April.

Meinheim, 13. Jan. Im Walde zwischen hier und Neustadt versuchten drei Unbekannte den Postkutschen der Straße Meinfeld-Neustadt abends zwischen 7 und 8 Uhr zu überfallen. Zwei führten sich nach dem Schützen, während der dritte die Pferde angaloppieren versuchte. Dem Fuhrmann, der diesen Abend ohne jeglichen Reisegefährten fuhr, gelang es durch rasches Antrieben der Pferde der Gefahr glücklich zu entgehen.

Saarbrücken, 12. Jan. In der Villa des Gutbesizers Fritz Herroth wurde heute nacht eingebrochen und durch Aufbrechen des Schreibtisches im Erdgeschoß die Summe von 50.000 Mark in Tausendmarktscheinen gestohlen. Anscheinend hatten die Täter es auf das in Säcken verpackte Silbergeschütz abgesehen, dieses aber zurückgelassen, als sie unerwartet die Geldscheine vorfanden. Die Täter streuten auf ihrem Rückzug überall Pfeffer, um eine Verfolgung durch Polizeihunde unmöglich zu machen.

Konstanz, 13. Jan. Auf der Straße Konstanz-Norsbach blieb ein Wägen mit 56 Wagen in einer 1½ Meter hohen Schneewehe stecken. Der Schnellzug Konstanz-Norsbach und der Personenzug nach Konstanz erlitten dadurch Verspätungen von 1½ Stunden.

Kachen, 13. Jan. Als heute früh der Bergmann Duster aus der Kolonie Stettin bei Bergengraben von der Nachschicht heimkehrte, fand er in der Küche seiner Wohnung seine Frau erdrosselt vor. Es scheint ein Mord vorzuliegen, denn die Tote trägt Strangulationsmerkmale am Hals. Der Tat verdächtig ist ein früherer Koftgänger der Eheleute, der gestern abend nach dort gesehen wurde, heute morgen aber nicht mehr zu finden ist. Die Ermordete ist 27 Jahre alt und Mutter zweier Kinder.

Kassel, 13. Jan. Bei der Renovierung des Domes von Fulda wurden verschiedene kostbare Wandgemälde entdeckt, die vermutlich aus dem 14. Jahrhundert stammen.

Dresden, 13. Jan. In Hollenau griff eine Waise ein fünfjähriges Mädchen an, welches den Schwanz der Aue mit einem Holzstock belassen hatte, und richtete es durchschieß zu. Dem Kinde wurden die Augen herausgerissen, das Gesicht verbleicht und die Kehle durchgeschnitten. Das Kind ist gestorben. Der einjährigjährige Bruder, der in einem Korb neben der Schwester mit einer Kugel spielte, verschluckte diese vor Schreck über das Schicksal des Kindes und erstickte.

Dresden, 12. Jan. Bei dem Einbruch in das Juweliergeschäft Scharfberg wurden außer Waren im Werte von 60.000 bis 75.000 Mark auch das Taupfahl der goldenen Antikette des Dresdener Oberbürgermeisters gestohlen.

München, 13. Jan. Vier Brüder gleichzeitig bayerische Generale. Durch die zum Geburtstag König Ludwigs III. von Bayern erfolgten Beförderungen tritt der in der deutschen Armee einzig dastehende Fall ein, daß vier Brüder zu gleicher Zeit der aktiven Generalität angehören. Es betrifft dies die Brüder Schöck. Der Älteste, Generalleutnant Gustav Ritter von Schöck, befehligt die 5. Division in Würzburg, der zweite, Generalleutnant Albert Ritter von Schöck, führt die 1. Division in München, der dritte, Generalmajor Emil Schöck, ist Brigadeführer in Augsburg, und der vierte, Generalmajor Karl Schöck, folger in Neu-Ulm.

Berlin, 13. Jan. Ueber das Vermögen des Reichenschen Bank ist heute vormittag der Konkurs eröffnet worden.

Berlin, 13. Jan. Als gestern abend ein Untergrundbesuch sich auf der Station Kaiserhof in der Richtung auf die Friedrichstraße in Bewegung setzte, kam ein Soldat, der noch aus einem Kiste zu springen versuchte, zwischen die Tunnelwand und einen Bahnwagen. Er wurde buchstäblich zerquetscht.

Die Kagenpfote

Roman von H. M. Croker.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von Alvin Fischer.

7. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Stierdes Kapitel.

Begünstigt mit meinen Schlüssel rasselnd, ging Tizzie davon. Ich aber warf mich in einen Vornuß und verschlang die Hände hinter meinem brennendheißen Kopf. In mein Zimmer konnte ich nicht gehen, da die Nacht es gerade in Ordnung brachte, und hier war ich wenigstens allein. Ach, und von Samstag an würde ich nie mehr allein sein! ... Aber mußte es denn so weit kommen? Doch war ich frei und mein eigener Herr. O, nur ein bißchen Mut ... nein, viel, viel Mut bedurfte ich! War es nicht ganz unmöglich, wie ich jetzt dastand, die Augen voll banger Erwartung auf die kleine überne Uhr geheftet?

Plötzlich vernahm ich Räderrollen. Das konnte doch nicht schon Walter sein? Es war ja erst zehn Minuten nach Elf! Und doch: der Wagen kam auf das Haus zugefahren. Hoch aufgerichtet, mit heftig klopfendem Herzen starrte ich hinaus. Eine Mietzgarri, auf deren Verdeck ein abgetragener Ueberzieher lag, kam herangerast und verfuhr vor der Treppe. Ich hörte lebhaftes Begrüßungsrauschen, dann fragte eine männliche Stimme: „Ist sie gekommen? Nun, was für einen Eindruck hat sie auf dich gemacht?“

„Auf den Eindruck, den du auf sie machen wirst, kommt es vor allem an“, lautete die mit hoher, schriller Stimme gegebene Antwort. „Sieh mal deine Kravatte gerade! Und warum hast du denn nicht die Haare schneiden lassen? ... Aber still, still! Sie sitzt dort drin.“

Als der Vorhang des Salons Mirrind auseinandergehoben wurde, erhob ich mich, und im selben Augenblick kam ein blond, unterseht junger Mann in schmutzigem Platanellanzug ungesehen herein.

„Bam!“ rief er, mit ausgebreiteten Armen auf mich zufliegend. „O wahrhaftig, Bam, du bist ja eine Schönheit geworden!“

Ja, dies war nun wirklich Walter. Wie hatte sich doch während der langen Trennung sein Bild in meinem Gedächtnis vermischt! Nun sah ich, daß er sich nur wenig, jedenfalls aber nicht zu seinem Vorteil verändert hatte. Das Gesicht war aufgedunsen und mit Wulsten bedeckt, die blauen Augen sahen verbläut aus, das Paar war vergaun, der Gang unsicher, die Haltung schlapp.

Thorn, 13. Jan. Seit dem 1. Januar erscheint hier eine neue polnische politische Tageszeitung. Die Zeitung „Przegląd Wschodni“ (Ostlicher Anblick) erscheint täglich, wird in Thorn gedruckt und ist für einen Briefener Leserkreis bestimmt. Damit ist die Anzahl der hier verlegten polnischen Zeitungen auf sechs gestiegen.

Schanghai, 13. Jan. (Eine Mordepisode.) Der Begründer und Leiter der Danabeseitung. So wurde gestern nacht auf offener Straße in dem europäischen Viertel von Schanghai erschossen. Der Mörder wurde festgenommen. Das ist der erste Mord in den drei letzten Monaten. Es liegt offenbar ein politischer Racheakt vor. So war dafür eingetreten, daß die Vorstadt Tschapei der europäischen Stadtverwaltung unterstellt wurde.

Santiago de Chile, 12. Jan. Der Fliegerkommandant Mery stürzte, nachdem sich sein Apparat überschlagen hatte, aus einer Höhe von 300 Meter ab und war sofort tot.

* Eine Ueberfallpost von fünf Wölfen überfallen wurde zwischen Rogaina und Bobromanja (Bosnien). Dem Postillon gelang es durch zahlreiche Schüsse aus seinem Revolver, die mütenden Beiden in Schach zu halten. Die Pferde, durch die Schüsse und Wölfe in große Aufregung versetzt, schlugen ein so rasendes Tempo ein, daß der Postillon die nächste Station unverletzt erreichen konnte.

Berichtsaal

Mannheim, 12. Jan. Vor dem Schwurgericht hatte sich der Maurer Emil Freitag von Königshofen zu verantworten, der eine geradezu fränkische Neigung zum Brandstiften hat. Im Oktober 1909 sieben Brände gelegt zu haben. Bei dem ersten von ihm gelegten Brande wurde ein ganzes Ortsviertel in Asche gelegt und es entstand ein Schaden von über 100.000 Mark. Das Brandlegen war das Sonntagsvergnügen des Angeklagten. Es fehlt auch das geringste Motiv für die Handlungen des Angeklagten, der nach dem Urteil des sachverständigen Psychiaters durchaus zurechnungsfähig ist. Einmal äußerte er sich nach einem Brande: „es regnet Brot.“ womit er sagen wollte, es gäbe nun wieder Arbeit. Mit größter Raffiniertheit suchte der Angeklagte stets ein Alibi, er ließ sich sofort nach der Tat in den Wirtschaften sehen und beteiligte sich jedesmal an dem Wischen. kamen die Wirtschafter auf die vielen Brände zu sprechen, stellte er sich in den Wirtschaften schlafend, um die Leute auszuheulen. Im ganzen beträgt der durch ihn angerichtete Schaden weit über 200.000 Mark. Das Schwurgericht verurteilte den Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe von 12 Jahren, abgesehen 6 Monate Untersuchungshaft und Ehrverlust auf die Dauer von 10 Jahren, außerdem wurde die Zulässigkeit dauernder Polizeiaufsicht ausgesprochen.

Vom Giftmordprozeß Hopf

Frankfurt a. M., 13. Jan. Gestern begann vor dem hiesigen Schwurgericht ein Prozeß, dessen Verhandlungen weit über die Grenzen unseres Bezirkes hinaus Aufsehen erregt. Der Arzt, Heilfischer und Drogist Karl Hopf aus Frankfurt a. M. ist angeklagt des vierfachen Giftmordes usw. Ein echter Wauwau, der mit dem Tode seiner Eltern, seiner drei ihm angetrauten Ehefrauen und zwei seiner eigenen Kinder spielte, um durch ihren Tod in den Besitz von Geld zu gelangen. Es läßt sich kaum ausdenken, mit welchem verbrecherischen Raffinement Hopf seinen Opfern zu Leibe ging. Er nistete sich ihnen als treue, sorgfältige, Sohn und Vater und reichte ihnen, in Speise und Getränke gemischt, Gift. Er geht noch weiter und benutzte seine bakteriologischen Kenntnisse, um die kleinsten Lebewesen, die Bakterien, sich als Mordgesellen untertänig zu machen. Hopf war, wie man so sagt, ein Welt- und Lebemann; ein echtes Großstadtlämmchen, das sich nur wohl fühlte in dem Sumpf der Großstadt. Weiber sind sein Ziel; dem Sexualleben fröhnte er und ihm opferte er seine Kenntnisse, seine Zeit und das Geld. Er fällt dieser Leidenschaft als Opfer zu, und diese ist es, die ihn zum Verbrecher werden ließ. Der Prozeß, über welchen wir bereits im Auszug berichtet haben, begann am Montag. Aus den Verhandlungen tragen wir folgendes nach:

Nach der Auslosung der Geschworenen beginnt die Vernehmung des Angeklagten. Mit ruhiger Stimme gibt Hopf zunächst an, daß er am 26. März 1883 zu Frankfurt a. M. als Sohn der nach der Anlage von ihm ermordeten Eheleute, des Kaufmanns Wilhelm Hopf und seiner Frau Auguste, geb. Luk, geboren sei. Er hatte zuerst die Musterkurse in Frankfurt besucht, dann das hiesige Institut. Er kam dann drei Jahre zu einem Drogisten in die Lehre, diente 1884 bis 1886 bei den Eltern als Einjährig- und ging dann nach London, wo er etwa drei Jahre hindurch in verschiedenen chemischen Fabriken tätig war. 1888 ging er dann nach Casablanca (Marokko), wo er zwei Jahre blieb. Nachdem er sich eine Zeit lang in Frankfurt bei seinen Eltern erholt hatte, ging er wieder ins Ausland und nahm in Brüssel eine Stellung als Agent für Trogenwaren an. Schließlich ging er wieder nach London, trat in des Trogenwarengeschäft ein, in dem er früher schon tätig gewesen und kehrte 1894 endgültig nach Deutschland zurück.

Mit abwechselnder Hand und unfreundlicher Miene wies ich die beachtliche Umarmung ab.

„Bam, ich sage dir, du bist wahrhaftig entzündend!“ rief er, meine Hand mit Gewalt erfassend. „Mindestens einen Fuß bist du gewachsen.“

„Nur zwei Zoll“, entgegnete ich eilig.

„Deshalb bist du so entzündend. Es ist mir furchtlich leid, daß ich dich nicht abholen konnte. Heute einen schrecklichen Fieberanfall. Zum Glück ging er rasch wieder vorüber.“

Er lachte nervös auf. Ach, wie ich diese schleppende, schnurrende Sprechweise wiedererkannte.

„Freust du dich denn nicht ein ganz klein wenig, deinen alten Wai wiederzusehen? Warum bist du so stolz? Was ist los? Sprich!“

„Sehr viel ist los“, antwortete ich erregt. „Wie kamen Sie dazu, mir die Photographie Ihres Vaters mit der Behauptung zu schicken, es sei die Jünger?“

„Aha, da liegt der Hake im Pfeffer. Meine Liebe, das sollte ja nur ein Scherz sein ... oder sagen wir eine Lockfalle. Mein Vater und ich sehen uns ja so ähnlich wie ein Ei dem andern; wir sind die reinen Zwillinge. Ich sah, wie du weilst, deine Photographie auf einem Gruppenbild und war sofort so sehr davon entzückt, daß ich dachte, ein geschmeichelter Bild von mir müsse auf dich die gleiche Wirkung haben. Und ich täuschte mich nicht, denn hier bist du ja!“

Dabei versuchte er mich von neuem in seine Arme zu schließen. Allein ich stieß ihn zurück und setzte mich in einen Vornuß. Er aber lachte ihn und fuhr fort: „Alle Frauen sind von Maxwell entzündet und preisen ihn als den Ritter ohne Furcht und Tadel, daß ist eine alte Geschichte. Diesmal war er aber nur der Lockvogel, ich ...“ (dabei schlug er sich auf die Brust) — „ich bin der wahre Jakob. Es war doch eine feine List, denn nun bist du hier und mein Eigentum.“

„Nein, nie, niemals!“ rief ich heftig.

„Da, endlich finde ich die alte Frau wieder! In allem andern bist du so verändert, daß ich dich schwerlich wiedererkannt hätte. Auch dachte ich mir's wohl, du wädest in eine schöne Witte geraten, wenn du meine List entdecktest. Allein, auch ein Born geht im Leben vorüber.“

„Dieser nicht. Ich werde niemals Ihre Frau.“

„Aber mein liebes Kind, was bleibt dir denn anderes übrig?“ Und mit gepreizten Fingern stellte er sich vor mich hin. „Verzögere dich doch nicht endlich und laß ein vernünftiges Wort mit dir reden.“

„Ich bin vollständig ruhig.“

Hier stellte ihm sein Vater als Darlehen 14.000 Mark zur Verfügung, womit Hopf 1894 in Borsdorf ein Futtermittelgeschäft übernahm. Hopf gibt zu, daß er dort zu seiner damaligen Hauskammerin in Beziehungen getreten sei, denen das erste der nach der Anlage nach von ihm ermordeten Kinder entstammt. Wie der Vorfall hervorgeht, soll Hopf bei seinen Mitbürgern wenig beliebt gewesen sein, als unangenehmer Mensch gegolten haben, jedoch man froh war, als er 1898 sein Geschäft verkaufte und von Borsdorf fortzog. Hopf kaufte in Rixdorf eine Hofrath Dr. 9200 Mark und richtete eine Hundeschäfererei ein, besaß sich auch mit Tierheilsunde, trieb bakteriologische Studien, verkaufte Heilmittel für Tiere. Ende Juli 1899 verheiratete sich Hopf dann mit Josepha Denel, die drei Jahre später starb. Zwei Jahre später heiratete Hopf zum zweiten Male und zwar die Christine Schneider, die ihm am 24. Februar 1903 das Kind Elsa schenkte, das jedoch zwei Monate später bereits verstarb. Frau Hopf verließ im gleichen Jahre ihren Mann, da sie auf unerklärliche Weise erkrankte, sobald sie bei ihm in Rixdorf wohnte, um sofort wieder gesund zu werden, wenn sie für einige Zeit nach Frankfurt zu ihren Eltern zurückkehrte. Schon damals war der Verdacht aufgetaucht, daß Hopf an den merkwürdigen Krankheiten und dem Tode der ersten Frau die Schuld trage: ein von der Staatsanwaltschaft Wiesbaden eingeleitetes Ermittlungsverfahren mußte jedoch im Januar 1907 mangels Beweises wieder eingestellt werden. Kurze Zeit darauf wurde die Ehe Christine Hopf vom Landgericht Wiesbaden wegen Ehebruchs des Hopf geschieden. Da die Hundeschäferei sich nicht rentierte, verkaufte Hopf 1908 die Hofrath Dr. zog nach Frankfurt a. M. und trat hier, nachdem er sich schon früher in London in Vereinen und dann in Varietés als solcher produziert hatte, als Geschäftsmann und Karamellensüß auf. Später starb seine Mutter und er erbte 27.000 Mark. Wiederum ein Jahr später heiratete Hopf die damals 30-jährige Waltraute Siewe. Die gesunde Frau erkrankte bald darauf auf unerklärliche Weise. Beobachtungen der Ärzte und Mitteilungen der Frau an ihren Schwiegereltern, veranlaßten diesen, gegen Hopf die Anklage wegen Mordversuchs zu erheben. Nach anfangs geheimen Ermittlungen wurde dieser darauf am 14. April 1913 festgenommen. Bei der Hausdurchsuchung fanden sich eine ganze Reihe von chirurgischen Instrumenten und Gegenstände, die zu mikroskopischen und chemischen Versuchen dienen. Ferner wurden gefährliche Gifte wie Arsen, Morphium, Strichnium, Phosphor, Kofain und mehrere Phosphor- und Bakterienkulturen gefunden. Ebenso wurde eine fleißig benutzte medizinische toxiologische und bakteriologische Literatur beschlagnahmt.

Dem Angeklagten wird nun zunächst der Mordversuch an seiner dritten und letzten Frau Waltraute Siewe aus Dresden vorgehalten, weil dieser der charakteristische und die Beteiligung als schwerwiegendste Beugnis noch lebt. Hopf gibt zu, daß er mit der Dame auf eine Verheirathung hin in Verbindung getreten sei und sich ihr gegenüber als vermöglicher Mann aufgeführt habe. Am 14. April 1912 war das Paar in Frankfurt angekommen und schon am 17. setzte sich Hopf mit dem Generaldirektor Wägen der Baseler Lebensversicherungs-Gesellschaft in Verbindung, indem er erklärte, er wolle sich und seine Frau für den Todesfall in der Weise versichern, daß das Kapital im Todesfall des einen Ehegatten dem anderen ausbezahlt würde. Darauf wurde die Versicherung in Höhe von 80.000 Mark abgeschlossen, während die Prämie pro Jahr 4.170 Mark betrug, eine Summe, die Hopf auf längere Zeit auch nicht annähernd zahlen konnte. Die Unterschrift für den Antrag fertigte der Angeklagte sich gelegentlich bei Tisch, indem er ihr gleich den Hülfebehalter hinhielt. Fast gleichzeitig legte der Angeklagte seiner Frau auch einen Revolver vor, nach welchem sie sich mit der Leichenverbrennung einverstanden erklären sollte. Sie unterzeichnete dies jedoch nicht, auch dann nicht, als Hopf wahrheitswidrig sagte, in seiner Familie sei die Einsäuerung üblich (in Wirklichkeit ist nur Hopfs Mutter verbrannt worden, die er ja auch vergiftet haben soll). Eines Tages wurde ihr beim Teetrinken plötzlich übel, ihr Mund füllte sich mit Blut und die Finger wurden steif und bläulich. Hopf gab ihr Kognak, weigerte sich aber, einen Arzt holen zu lassen. Die Frau schloß sich schon damals Verdacht, daß ihr Hopf Gift in den Tee getan habe und sagte ihm das auch ins Gesicht, worauf er lächelnd erklärte haben soll, sie habe sich wahrscheinlich selbst Gift aus seinem Giftschrank geholt. Während Frau Hopf bis dahin stets gesund gewesen war, begann sie jetzt zu fränkeln, und die Krankheit nahm bis zu ihrer Trennung von ihm ständig zu. Frau Hopf ließ nun den Rest des Tees von einem Chemiker untersuchen; die Untersuchung verlief jedoch resultatlos. Schon am Tage nach dem Vorfalle mit dem Tee erkrankte Frau Hopf heftiger. Sie hatte furchtbar an Körper, brennende Schmerzen und Anschwellungen im Halse, so daß nun doch der Arzt gerufen wurde. Etwa einen Monat lang litt sie an Herzbeschwerden, Schweißausbrüchen und Schlaflosigkeit. Sie machte auch dem behandelnden Arzt von dem Verdacht gegen ihren Mann Mitteilung, fand aber keinen Glauben. Etwa einen Monat nach dem Vorfalle war die Krankheit so schlimm geworden, daß Frau Hopf bei hartem Fieber dauernd das Bett hüten mußte. Als sie ins Krankenhaus wollte, drohte Hopf, dann würde er sich von ihr abwenden. Die Krankheit dauerte auch dann bis zum Oktober an. Erneute Untersuchungen, die die Frau beantragte und im hiesigen Institut Frankfurt a. M. vorgenommen wurden, verliefen jedoch ebenfalls negativ, so daß die Frau schließlich wieder heilte. Etwa fünf Monate später — am 18. Februar 1913 — trank dann das Ehepaar mittags eine halbe Flasche Sekt. Frau Hopf fiel auf, daß ihr Sekt gar nicht so schmeckte und noch gab ihrem Mann davon zu trinken, daß auch einen kleinen

„Tizzie hat nämlich nicht gern junge Mädchen als Gäste in ihrem Haus, besonders nicht, wenn sie häßlich sind, und auch jetzt ließ sie sich nur herbei, dich eine Woche lang zu beherbergen. Wollst du nicht du dann gehen, wenn du dich trübst. Wirst du werden? Noch einmal: sei vernünftig; ich verspreche, daß ich dir ein guter Gatte sein will. Ich schenke dir, mich zu befehlen.“

„Besser?“

Er wurde rot. „Aha, die Alte hat dich beschuldigt! Ei, wie du ausstiehst mit diesem Bild! Wie eine Königin, sage ich dir. Wer ich merke schon, ich muß dir lieber gleich die Wahrheit sagen, denn wenn ich es nicht tue, so befohle es irgend ein guter Freund. Nun also: ich bin nämlich nicht immer ganz nüchtern gewesen.“

Er betrachtete mich dabei mit einem halb beschämten, halb verschlagenen Blick. Da ich jedoch schwieg, wies ihn übrigens durchaus nicht aus der Fassung brachte, fuhr er fort: „Es ist ein vernünftiges bürgerliches Land, dieses Land, und da fand die Alte, daß ich unbedingt eine Frau haben müsse.“

Ich wurde von dieser Offenherzigkeit tatsächlich nicht im geringsten erregt. Dies war ganz der alte, gewöhnliche, die eigenen Fehler stets entschuldigende Wai, mit dem einzigen Unterschied, daß sich die kleinen Schwächen des Anaben beim Wai zu niedrigen Charakterfehlern entwickelt hatten. Welch andere Empfindung als Verachtung hätte ich für diesen Mann fassen können?

„Die Alte schlug mir nun vor, sie wolle mit ein nettes, hübsches, lustiges Mädchen ausfindig machen, das weder an Gefelligkeit noch Luxus gewöhnt wäre. Ihre Wahl fiel auf dich ... und hier bist du!“

„Ja, hier bin ich allerdings.“

„Du wirst schon sehen, was für ein famoses Leben wir miteinander führen werden. Millionenmal hübscher bist du, als ich erwartet hatte; du wirst alle anderen Frauen in den Schatten stellen. Was werden die Leute sich wundern, daß ich zu einem solchen Juwel komme! Wie werden sie staunen, wenn sie dich sehen!“

„Ja, und besonders, wenn sie mich nicht mehr sehen“, murmelte ich halblaut.

„Unser nächster Nachbarn hat nur eine Viertelstunde von uns entfernt. Ich werde dir ein Pond halten: ein guter Kerl bin ich ja immer gewesen. Auch das Geld sollst du in Barmark bekommen und hübsch die Hausfrau spielen dürfen.“

Ich konnte ein Lächeln nicht unterdrücken. Dann aber huschte mir ein anderer Gedanke durch den Kopf.

„Und Ihre Briefe? Wie kommen Sie dazu, mit solchen Briefen zu schreiben? Sie erwähnen das Trinken ja mit keiner Silbe.“

„Ach, die Briefe!“ — Er lachte wieder. — „Waren die nicht

Schuld nahm. Gleich nach Tisch legte sich der Angeklagte auf die Chaiselongue, weil ihm schlecht geworden war und öffnete die Weste. Frau Dopf sah, daß er in der Tasche ein kleines Fläschchen mit einem Rest wasserheller Flüssigkeit hatte. Auf dem Korken des Fläschchens war mit Tinte ein „A“ geschrieben. Frau Dopf noch daran, es war derselbe Geruch, den vorher der Sekt gehabt hatte. Der Angeklagte sagte, es sei Brombeersaft. Bald darauf erkrankte auch Frau Dopf wieder schwer und mußte mehrere Tage das Bett hüten. Dopf selbst hatte sich schnell wieder erholt und wachte sogar die ganze Nacht bei seiner Frau. Als es gegen Ende der Woche der Frau Dopf wieder besser ging, brachte ihr der Angeklagte am Sonntag, den 23. Februar, Kuchen mit Schlagobers. Frau Dopf trank bei Tisch auch Wein und Sekt. Eine Stunde später erlitt Frau Dopf einen heftigen Brechanfall, auch zeigten sich wieder die Schwellungen und das heftige Brennen im Halse. Ein am Abend geholtter Arzt erklärte sofort, daß eine schwere Vergiftung vorliege. Nach kurzer Besserung verschlimmerte sich der Zustand der Frau nach drei Wochen wieder plötzlich. An diesem Tage hatte Dopf seiner Frau Tropfen gegeben, angeblich Belladonna. Obwohl ihr Mann bei den Besuchen des Arztes stets zugegen war, war es Frau Dopf doch gelungen, dem behandelnden Arzt von ihrem Verdacht gegen Dopf in einem unbewachten Augenblick Mitteilung zu machen. Nun bestand der Arzt auf Krankenhausbehandlung. Bemerkenswert ist noch, daß auch die Pflegerin der Frau Dopf eine in der Wohnung tätige Putzfrau und ein Dienstmädchen zu den gleichen Zeiten wie die Frau Dopf selbst, wenn auch in leichterer Form zu erkranken pflegten. Der Angeklagte hat bereits im Laufe der Voruntersuchung ein teilweise Geständnis abgelegt, daß er seiner Frau Gifte (Arsen und Digitalis) gegeben habe, um sie zu ermorden.

Er gab auch zu, er habe sie nur geheiratet, um sie hoch zu verschicken und dann durch Gift zu töten. Auch bestritt er nicht, daß er seiner Frau Typhus- und Cholera-Bazillen unter die Speisen gemischt habe.

Die Verhandlung wendet sich dann der Ermordung der ersten und dritten Frau zu.

Der Vorsitzende hält nunmehr dem Angeklagten die diesem zur Last gelegte Ermordung seines eigenen Vaters vor. Der Angeklagte erklärt hierzu, daß sein Vater an einem Blasenleiden gestorben sei, jedenfalls nicht unter Symptomen, die auf eine Vergiftung hindeuteten. Als der Vorsitzende dem Angeklagten das in der Leiche gefundene Arsen vorhält, meint der Angeklagte, daß sein Vater viel Offenbacher Wasser getrunken habe, das arsenhaltig sei. Er selbst habe Arsen in seinem Besitz gehabt, und zwar von Rakoff her, wo er es brauchte, um Vögel und andere Tiere auszustopfen.

Zu dem weiteren Anklagepunkt, die Tötung des unehelichen Kindes, hält der Vorsitzende dem Angeklagten vor, daß das seinem Verhältnis zu der Hausbälterin Elisa Richter zu Wörldorf, der jetzigen Witwe Mayer, entsprungene Kind nur wenige Monate gelebt habe und von Anfang an fränklich gewesen sei. — Dopf erklärt auf Befragen des Vorsitzenden auch heute wieder, er habe nicht dem lebenden Kinde Arsen gegeben, sondern nur der Leiche Einspritzungen gemacht, und zwar, um den widerlichen Fäulnisgeruch zu beseitigen, er sei nämlich gegen Leichengeruch sehr empfindlich.

Es folgt die Vernehmung des Angeklagten über den Giftmordversuch an der zweiten Frau Christine, geb. Schneider, die der Angeklagte am 28. März 1904 geheiratet hat. Dopf betrieß mit ihr in Niederbischstadt seine Dünzucht und schloß im März 1905, also ein Jahr nach der Eheschließung, bei der „Durangia“ einen Versicherungsvertrag genau wie bei seiner dritten Frau ab und zwar in Höhe von 10000 Mark bei einer jährlichen Prämie von 1332 Mark. Auf dem Fragebogen verweigert er wiederum, daß seine erste Frau bei einer anderen Gesellschaft schon versichert gewesen und die Versicherungssumme ausgezahlt war. Er verbot auch seiner Frau, ihren Eltern von der Versicherung zu erzählen.

Die bis dahin stets gesunde Frau erkrankte kurz nach Abschluß der Versicherung. Der behandelnde Arzt konnte keine bestimmte Diagnose stellen. Er dachte an Speichervergiftung oder Typhus. Auffallend war das wechselnde Befinden der Frau: bald war sie frisch und munter, bald ganz hilflos. Trotz des ärztlichen Verbotes bereitete der Angeklagte die Medikamente selbst. Nachdem die Frau dann etwa ein Jahr später das Kind Elsa Dopf geboren hatte, das ebenfalls nach wenigen Monaten verstarb, wurde die Frau wieder ernstlicher krank, und zwar unter Fiebererscheinungen, Schwellungen der Knöchel, der Augenlider und Gelenkschmerzen. Die Ärzte konnten wieder keine bestimmte Diagnose stellen. Schließlich bildete sich ein Geschwür am Oberarm, dessen Flüssigkeit die Ärzte untersuchen lassen wollten. Es konnte aber nichts gefahren, weil Dopf den Inhalt des Geschwüres in Wollwasser geschüttelt hatte. Am 1. Juni 1906 wurde Frau Dopf dann auf Wunsch ihrer Eltern nach Frankfurt überführt, wo sie sich rasch erholte. Nachdem sie jedoch zu ihrem Mann wieder zurückgekehrt war, erkrankte sie am 31. August von neuem und zwar unter den gleichen Erscheinungen wie im Mai. Wiederum war keine bestimmte Diagnose zu stellen und schließlich ging die Frau wieder zu ihren Eltern, wo sie bald vollkommen wiederhergestellt war. Da inzwischen der Angeklagte ein Liebesverhältnis mit einer anderen angeknüpft hatte, blieb Frau Dopf ewigaltig bei ihren Eltern und heiratete nach Scheidung der Ehe, wegen Ehebruchs vonseiten des Angeklagten im Jahre 1909 einen Kaufmann Saeger. Sie starb aber schon zwei Jahre später angeblich an Tuberkulose. Der Angeklagte erklärt hierzu auf Befragen, daß seine Frau wirklich an Tuberkulose gelitten habe und nur daran

gestorben sei. Daß in der Leiche der Frau Arsen gefunden sei, sei verhängnisvoll, denn er habe ihr während ihrer Schwangerschaft Arsen gegeben, und zwar mit ihrer eigenen Zustimmung. Auch Tuberkulosebakterien habe er damals in seinem Besitz gehabt, der Frau aber keine davon eingegeben.

Auch über den Tod des Kindes Elsa Dopf will der Angeklagte nichts Näheres angeben können. Auf dem Friedhofe und angesichts des Arsenfundes in der Leiche wurde Dopf jedoch sehr bestürzt und erkundigte sich nach dem Verfahren, das dem Tode eines Kindes beizubringen sei. Er stellte in Aussicht, daß er nach Besprechung mit seinem Verteidiger weitere Erklärungen abgeben wolle. Dann sagte er: ich will heute noch kein Geständnis ablegen. Schließlich gab er dann zu, daß er dem toten Kinde Arsen einspritzungen gemacht habe, um den Verwesungsgeruch zu beseitigen. Auch heute verbleibt der Angeklagte bei dieser Behauptung. Das Kind sei wirklich an Group gestorben.

Zum Schluß der Vernehmung hält der Vorsitzende dem Angeklagten noch den Giftmordversuch an seiner eigenen Mutter, der Witwe Auguste Dopf, vor. Wie bereits erwähnt, starb diese am 6. November 1911 im Alter von 78 Jahren. Dopf erbt damals 27000 Mark, wovon er gleich 13—14000 Mark Schulden bezahlte. Die Leiche der Mutter ist im Offenbacher Krematorium verbrannt worden. Obwohl wissenschaftliche Erfahrungen darüber, ob in der Asche einer Leiche vor der Verbrennung beigebräuntes Arsen nachgewiesen werden kann, bisher nicht vorhanden haben, ist die Asche ausgegraben worden, und dem Gerichtschemiker Dr. Dopf gelang der Nachweis von Arsen in der Asche. Nach seinen Feststellungen muß Frau Dopf sogar eine erhebliche Menge Arsen konsumiert haben. Dopf bestrittet auch hier jede Schuld.

Zweiter Tag.

Frankfurt a. M., 13. Jan. Heute begannen die Zeugenvernehmungen. Zuerst wird das Sexualleben des Angeklagten unter Ausschuß der Öffentlichkeit befragt und einige Prohibitivurteile werden vernommen. Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wird Polizeikommissar v. Salomon vernommen, der die Verhaftung Dopfs und dessen erste Vernehmung leitete. Danach habe der Angeklagte nach anfänglichem Zögern zugegeben, daß er seiner Frau am 26. Februar Arsen in einem Glas Sekt gereicht habe. Dopf habe sogar einmal gesagt, daß er die Sekt eingekauft sei, weil er schon vorher den Plan hatte, die Frau hoch zu verschicken und dann zu vergiften. Das habe Dopf dann aber sofort widerrufen. Von welcher Bedeutung dieses Geständnis für Dopf sein könnte, habe der Angeklagte wohl gewußt, denn er habe sich nach der Höhe der Strafe erkundigt. Aus den Aussagen der beiden Untersuchungsrichter ist hervorzugehen, daß Dopf auf die Mitteilung, in der Leiche seines Kindes sei Arsen gefunden worden, geantwortet habe, das müsse einer getan haben, um ihn „hineinzulegen“. Erst viel später habe Dopf erklärt, daß er den beiden Kinderleichen Arseninjektionen gemacht habe, um den Verwesungsprozess aufzuhalten. Ebenso habe Dopf erst nach Monaten, als er schon wiederholt der Vergiftung seiner ersten Frau beschuldigt wurde, die Ausrede gebraucht, seine Frau habe immer Schmeibzipsen eingenommen, die Arsen enthalten hätten. Es wurden heute noch die Ärzte vernommen, welche die beiden ersten Frauen Dopfs behandelt haben, sowie die nächsten Angehörigen dieser beiden Frauen. Nach der Aussage des Arztes, der die erste Frau bis zu ihrem Tod behandelt, war das Krankheitsbild kein Nares. Er habe deshalb mit einem zweiten Arzt ein Konsilium abgehalten. Beide Ärzte hätten aber keine einwandfreie Diagnose feststellen können. Nach dem Tode habe er die Leiche oberflächlich untersucht und ein ausgebrochenes Geschwür im Duodenum festgestellt, das wohl die Ursache des Todes sein konnte. An eine Vergiftung habe er nicht gedacht. Der Vater der ersten Frau bezeugt, daß er nach dem Tode seiner Tochter bei dem Oberstaatsanwalt in Frankfurt eine Anzeige wegen Giftmordes gegen Dopf eingereicht habe. Der Anzeiger sei aber keine Folge gegeben worden. Die Eltern der zweiten Frau sagen aus, daß ihre Tochter bis zur Verheiratung kerngesund gewesen sei. Ebenso war das von der Tochter geborene Kind kräftig und gesund. Mit fünf Wochen starb dann das Kind. Die Leiche wies schwarze und rote Flecken auf. Bald darauf erkrankte auch die Mutter, Dopfs Frau, und ihre Eltern erhielten damals mehrere Briefe mit der Warnung vor Dopf, daß dieser seine erste Frau vergiftet habe und das gleiche Schicksal der zweiten Frau bevorstehe. Als die Briefe dem Dopf gegeben wurden, wollte er durchaus die Namen der „Verleumder“ wissen. Die Mutter der zweiten Frau sagt dann noch aus, daß ihre Tochter ihr nie etwas davon gesagt habe, daß Dopf seinem toten Kinde Arsen einspritzungen gemacht habe. Dagegen habe ihre Tochter selbst geäußert, Dopf habe sie vergiften wollen und vielleicht das Kind vergiftet. Bekanntlich starb die zweite Frau ein Jahr nach der Scheidung von Dopf, die wegen Ehebruchs erfolgte, an Tuberkulose; und Dopf gibt zu, schon damals Kulturen von Tuberkulosebakterien zu haben. Gegen 4 Uhr wird die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Von Lahn und Westerwald

1. Sainten (Kr. Uffingen), 13. Jan. In dem nahegelegenen Steinbrüche ereignete sich heute vormittag 10 Uhr durch unvorsichtige Entladung eines Dynamitschusses ein großer Unglücksfall. Dem Steinbrucharbeiter Phil. Kallteger wurde hierbei ein Bein abgerissen; die erlittenen Verletzungen waren derart schwer, daß der Tod eintrat, noch ehe Hilfe eingetroffen war. Der Arbeitskollege Maurer Peter Bahr kam mit leichten Kopferschlagungen davon. Kallteger hinterläßt eine kranke Frau und 3 unmündige Kinder.

1. Limburg (Lahn), 13. Jan. Nach längerer Krankheit verstarb heute dahier ein verdienter Mitbürger unserer Stadt, Herr Kaufmann Herrn. Jos. Schmidt, Beigeordneter, im Alter von 66 Jahren. Der Magistrat widmet seinem Mitgliede einen

trohen. Hier in Indien ist erst recht kein Ort für ein hübsches, mittel- und obdachloses Mädchen; du mußt dich nun schon wohl oder übel in mich zu finden suchen.“

„Nein, das muß ich nicht!“ entgegnete ich festig.

„Wohin wolltest du denn dann deine Zuflucht nehmen?“

Etwas wie Dohn klang durch seine Stimme.

„Zum Steigbügelriemen“, versetzte ich höhnisch.

„Um Gottes willen, Pam, so sei doch nur vernünftig!“

Außerdem bin ich in Indien nicht ganz ohne Freunde.“

Eine lange Pause folgte. Diese Mitteilung kam ihm offenbar unerwartet, und voll ungläubigen Staunens starrte er mich an, bis er endlich weinerlich begann: „Stoße mich doch um Gottes willen nicht von dir. Heirate mich und rette mich vor mir selbst.“

„Mir liegt weit mehr daran, mich vor Ihnen zu retten!“

„O höre auf mich, Pam! Und schon mich doch an! Du weißt ja doch, daß du mich von jeher um den Finger weiden konntest. Du allein bist imstande, mich von meiner schrecklichen Leidenschaft zu befreien. Als ich dein liebes, reizendes Gesichtchen auf dem Gruppenbild sah, da sagte ich mir: Das soll mein Schatzengel werden. Du warst von jeher so bestimmt und entschlossen. O Pam, Pam, du wirst mich doch nicht im Stich lassen wollen?“

Tränen kälzten ihm aus den Augen, aber ich antwortete fest: „Ja, das will ich. Warum treten Sie nicht den Temperenzlern bei?“

„Ach, weil es doch keinen Wert hätte. Wenn ich des Abends allein in meiner Stube sitze und höre, wie der Regen auf das Zinddach niederfällt, oder wenn ich zum Fenster hinaus schaue und nichts sehe als einen dichten, weißen Nebel, dann fühle ich, daß allein der Branntwein mich vor der Verzweiflung retten kann. Ein bloßes Versprechen ist nicht mächtig genug, die Verführung von mir fernzubalten. Die Hand einer hübschen Frau allein... deine Hand könnte mir helfen.“

warmen Nachruf, worin es heißt: „Der Dahingeforderte gehörte seit dem 19. April 1901, Neis wieder berufen durch das Vertrauen seiner Mitbürger, als Beigeordneter der Stadt Limburg dem Magistrat an. Er war u. a. Stellvertreter im Vorsitz der Stadt. Fortbildungsschule seit Vorsitz des Kuratoriums der Stadt. Beiseit von treuer Liebe zu seiner Vaterstadt war er stets in gewissenhaftester Ausübung seines Amtes eifrig bedacht, deren Interessen wahrzunehmen und das Wohl seiner Mitbürger zu fördern. Wir beklagen trauernd den schmerzlichen Verlust dieses einem alten Limburger Geschlecht entsprossenen, angesehenen und erfahrungreichen Mitberaters und Mitarbeiters. Sein Andenken wird stets in Ehren bleiben.“

h. Dordach, 11. Jan. Heute abend 8 Uhr veranstaltete der Kathol. Jünglingsverein der Pfarrei Kirchhahn seine Weihnachtsfeier, an der viele Freunde und Förderer des Vereins teilnahmen. Das mehrstimmige Lied „Gloria sei Gott“ der Dordacher Schulförderer eröffnete die Feier. Es folgte ein von einem Schulförderer geleiteter, sich auf das Fest der hl. drei Könige beziehender Prolog, worauf Herr Pfarrer Neis die zahlreich versammelten Pfarreler begrüßte. Drei lebende Bilder und das von Mitgliedern des Jünglingsvereins gespielte Theaterstück „Weihnachtsfrieden“ errangen allseitigen Beifall. Mit lebhafter Freude wurden die Darstellungen „Die Weihnachtsfeier“ und „Die Märchenfeier“ der Dordacher und Gadenbacher Schulförderer aufgenommen. Ein mehrstimmiges Lied der Dordacher Schüler und Schulförderer des Herrn Pfarrers Neis beendeten die schöne Feier.

l. Dillenburg, 12. Jan. Von wahrhaft erlebnisreichem Werte ist das vieraktige Drama „Der Löwe der Jung“ von Vater Paul Humpert, das am letzten Sonntag der hiesige katholische Gesellenverein bei seiner Weihnachtsfeier im Rathaus aufführte. Das Motiv ist entnommen der herrlichen und vielgelesenen Erzählung von Goethe, „Der Löwe von Flandern“ und führt uns auf dem interessanten Hintergrund des Mittelalters und der Jungfräulein vor Blütezeit des mittelalterlichen Geistes in geradezu erschütternder Weise die Wahrheit vor Augen, daß nur Einigkeit stark macht und daß ein ungeschätzter Eigenwille auch eines Helden seinem Volk, das er retten will, zum schrecklichen Anhebel werden kann. Die Veranstaltung des Gesellenvereins war daher infolge dieses Theaterstückes nicht mehr bloß ein Unterhaltungsabend, sondern sie hatte unmittelbar den Charakter der Belehrung und Bildung, was auch der Präses des Vereins in seiner Rede ausdrücklich betonte. Möge der Verein in dieser Weise weiter arbeiten!

Vom Main und Taunus

i. Lg. Schwalbach, 13. Jan. Der Bürodirektor Hoffmann aus Wiesbaden ist mit der Verwaltung der Hfl. Kreis- und Postkasse zu Langenschwalbach beauftragt worden.

ii. Engenhausen, 12. Jan. Gestern fand hier im Tragischen Saal unter Leitung des Herrn Lehrer Klein ein Familienfest statt. Es gelangten verschiedene Theaterstücke zur Aufführung. Alle kamen gut zum Vortrag. Hervorgehoben sei das Hauptstück: „Des Vaters Fluch am Weihnachtsabend“. Auch das Stück: „Der Stellvertreter“, aufgeführt von erwachsenen Mädchen, fand großen Beifall. Das von Schulförderern gespielte „Betrachtete Reue“ brachte wahre Nachschauer hervor. Gemeinnützige Weihnachts- und Volkslieder trugen zur allgemeinen Feststimmung bei. — Sonntag, den 18. Januar, hält der Gesangsverein „Großhain“ ein Konzert ab.

iii. Marzheim, 13. Jan. Die seit Jahren wirksamen Bestrebungen, die Dillenburgbahn unserer kathol. Vereine durchzuführen, wird durch die Dillenburgbahn auf ein höheres Niveau zu heben, haben schon viel Gutes und Wertvolles zu Tage gefördert. Vereine, die in diesem Sinne arbeiten, handeln dem toten Buchstaben des Paragraphen „Pflege echter Bildung“ Leben ein. Auf dieser Höhe stand die Aufführung des hiesigen Theaters „Wenn du noch eine Mutter hast“, die der kathol. Arbeiterverein in diesem Sonntag veranstaltete. Dieses Drama ist aus dem Geiste der erwähnten Bestrebungen gewachsen worden; es schildert die Macht der alles verzehrenden Mutterliebe, die Geist vom Geiste einer hl. Monika dem verirrten Sohn zur Pflicht zurückführt. Die Darstellerin der Titelfigur führte durch ihr vorzügliches Spiel diesen Erfolg: Ergreifend ruhte auf der Verurteilung. Die anderen Mitwirkenden wirkten durch ihre verständnisvolle und zum Teil hervorragende Darstellung zu dem Erfolge mit. Ein hübsches Stück „Das Dorfgericht“ ließ den Humor zu seinem Rechte kommen. Der Gesangsverein „Germania“ brachte in dankenswerter Weise einige Lieder zum Vortrage.

Vom Rhein

iv. Erbach, 12. Jan. Herr Oberbrandmeister Wilhelm Erbach wurde von dem Herrn Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau zum Branddirektor ernannt.

v. Hattenheim, 13. Jan. Wöchentlich irtümlich wurde gestern auf der Oberbacher Chaussee eine Frau aus Hattenheim. Diese hatte ihren in der Irrenanstalt Eichberg untergebrachten geisteskranken Ehemann besucht und war auf dem Heimweg begriffen, wobei einige Hattenheimer Leute die Chaussee mit hin- und hergingen. Die Frau redete plötzlich allerlei dummes Zeug, worauf sie Leute aufmerksamer wurden und man die Frau zur Polizei brachte. Der hiesige Arzt konstatierte Geistesgekränktheit. Die Frau brachte man nach dem Eichberg. Die Nachricht, daß ihr Mann unheilbar erkrankt sei, betrafte die Frau aufs tiefste, was als Ursache ersahnt, daß sie gleichfalls geistesgekränkt wurde.

vi. Camp, 12. Jan. Die Lehrerin Anna Hay hier ist zu ihrer Entlohnung auf drei Monate beurlaubt worden.

vii. Presberg, 12. Jan. Am letzten Sonntag hielt der Kirchenchor „Concordia“ seine Winterfeierlichkeit ab. Schon lange vor Beginn der Veranstaltung war der Reiterische Saal bis auf den letzten Platz

„Nein, ich kann es nicht“, erwiderte ich kalt. Wir waren verschiedene Fälle aus der Kinderzeit, wo er mich in ähnlicher Weise angefleht und dann betrogen hatte, plötzlich eingestiegen. „Liebe, gute Pam“, — er schaltete laut — „du hast mir doch früher auch schon geholfen... es ist deine Pflicht, mich zu retten. Du bist meine letzte Hoffnung... Maxwell will mir dreitausend Rubien geben, damit ich meine Schulden bezahlen kann, und so wollen wir jetzt ein schönes neues Leben beginnen. Wenn du mich aber verläßt, bin ich dem Unheil verfallen... ich weiß es.“

Er ließ sich aufs Sofa fallen, bedeckte das Gesicht mit den Händen und brach in Weinen aus wie ein Weib, nur tausendmal schlimmer. Es war ein peinlicher Anblick.

„Du kannst mich nicht verlassen... mein ganzes Leben steht auf dem Spiel“, stammelte er endlich.

„Und hat mein Leben keinen Wert? Was für ein Recht haben Sie an mich? Nicht einmal das der Liebe, denn Sie lieben mich nicht. Ich aber will noch eher für Tagelohn auf dem Feld arbeiten, als Ihre Frau werden.“

„O Pam, das kann dein Ernst nicht sein! Sage so etwas doch nicht...“

„Dah ich Vorwürfe verdiene, weiß ich ja wohl...“

„Ja, Sie und Ihre Mutter: in erster Linie aber mache ich mir selbst Vorwürfe“, unterbrach ich ihn. „In meinem romantischen Sinn habe ich Ihr Bild verdrängt. Sie mit allerlei guten Eigenschaften ausgestattet und die Erinnerung an Ihre frühere Trägheit und Ihren Leichtsinns erstickt. Ihre falsche Photographie und Ihre falschen Briefe haben das übrige getan. Mit dem Gesicht des einen Mannes und dem Gefühl eines andern lockten Sie mich her. Reibes haben Sie gestohlen und als Ihr Eigentum ausgegeben. Sie sind ja ein Dieb!“

(Fortsetzung folgt.)

pyramidal? Da ich nun schon einmal Geständnisse mache, will ich dich auch darüber aufklären. Soll ich?“

„Ja, ich bitte darum.“

„Die Briefe waren allerdings vässeln!“ sagte er, entzündet die Hände reibend. „Aberford hat sie geschrieben. Der Bursche teilte das Zimmer mit mir; er war verlobt, aber das Mädchen ließ ihn sitzen und schickte ihm alle seine Liebesbriefe zurück. Die Geschichte ging ihm furchtbar nahe. Ratnagerru ist nämlich ein gottverlassener, trostloser Ort, besonders zur Regenzeit, und als ich eines Morgens auf die Veranda trat, sah ich, daß er sich an einem Steigbügelriemen aufgehängt hatte.“

„Der arme Mensch! Ich kann es begreifen.“

„Als ich dann später seine Sachen durchsuchte“, fuhr Watty geschwätzig fort, „entdeckte ich seine Liebesbriefe. Er hatte all die Gefühle seines heißen, verliebten Herzens dem Papier anvertraut, und ich suchte mir nun die hübschesten Stellen aus, schrieb sie ab und sandte sie dir. Ich bin nun mal kein Briefschreiber, die schönen Worte aber drückten genau meine Empfindungen aus. Verstehst du nun?“

„Ja, allerdings ich verstehe... endlich verstehe ich!“ rief ich leidenschaftlich. „Aber besser spät als nie!“

„Ah das war wieder die alte Pam! Aber wozu dich in Born reden? Schon sind die Ehekettten um dich geschlungen, da gibt es kein Entkommen mehr“, sagte er mit häßlichem Lachen.

„O doch!“ rief ich aufspringend und umgestülpt hin und her gehend.

„Aber du hast ja kein Geld, mein Schätzchen, überdies keine einzige bekannte Seele im ganzen Land!“ wandte er ein, indem er immer hinter mich herging. „Duende von Mädchen würden mit Freuden an deine Stelle treten. Bedenke es doch nur! Und wenn du Zickle eine Strich durch die Rechnung machst, so wird sie höchlich unangenehm, meine Liebe! Du hast die Bräuten hinter die abgebrochen, du kannst nicht mehr zurück und zwei Familien




die bewährte Drahtlampe

Achten Sie immer auf die Inschrift „Osram!“ — Überall erhältlich. Auerergesellschaft, Berlin O. 17.

Preussischer Landtag.

Stimmungsbild aus dem Abgeordnetenhaus.
— Berlin, 13. Januar.

Eine halbe Woche hindurch haben die Landboten hinter den verschlossenen Türen ihrer Fraktionszimmer ihre Ansichten zum Etat und allem, was dazu gehört, ausgetauscht, und in diesem internen Meinungsaustausch hat sich dann die Fraktionsansicht von den Vorgängen des letzten Jahres in Stadt und Land, in Reich und Staat gebildet, die in der ersten Nebensitzung des Hauses als Staatsreden hinausgehen. Nachdem man heute das altbewährte Präsidium v. Schönerh. Dr. v. Borst. Dr. v. Krause wiedergewählt hatte, nahm die Redezeit ihren Anfang. Wie üblich sprachen Führer aus allen Parteien. Ihre Meinung kennt man ja längst aus den Leitartikeln der Fraktionsorgane, aber der Ton ist es, der die Ruff macht, und dieser Ton brachte gleich bei dem konservativen Redner, Abg. Windler, und dessen scharfer Stellungnahme gegen die Reichsfinanzgesetzgebung den Reichstagspräsidenten als preussischen Ministerpräsidenten auf den Plan, der mit nicht minderem Nachdruck die Auffassung der Regierung betonte. Unter der Einwirkung dieser Auseinandersetzung fand das Haus die ganze Sitzung hindurch, in der heute noch die Abg. Herold (Chr.) und Köhling (nat.) zu Worte kamen. Morgen wird diese Erörterung fortgesetzt werden.

Sitzungsbericht aus dem Abgeordnetenhaus.
2. Sitzung vom 13. Januar.

Am Ministerisch: v. Bethmann-Hollweg, Dr. Lenz, v. Tarnow, v. Trellow, v. Trott zu Solz, Freiherr v. Schönerh.

Der Präsident der vorigen Session Graf von Schwerin-Sölvisch eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Min.

Die Wahl des Präsidiums.
Auf Vorschlag des Abg. Freiherrn v. Redlich (freil.) erfolgt die Wahl durch Juri. Zum Präsidenten wird Abg. Graf Schwerin-Sölvisch (H.) wiedergewählt.
Präsident Graf v. Schwerin-Sölvisch: Ich danke Ihnen von Herzen für das mir aufs neue bewiesene Vertrauen und verspreche auch für die Zukunft, alles zu tun, was in meinen schwachen Kräften steht, um die Geschäfte des Hauses zu fördern und unter allen Umständen die Würde unserer Verhandlungen zu wahren. (Beifall.) Ich bitte Sie alle, mich hierin beizustimmen und nehme die Wahl dankend an. (Beifall.)

Ebenfalls auf Vorschlag des Freiherrn v. Redlich werden die Abg. Dr. v. Borst (Chr.) und Dr. v. Krause-Schönberg (nat.) zu Vizepräsidenten wiedergewählt; sie nehmen die Wahl dankend an.

Zu Schriftführern werden durch Juri gewählt die Abg. Schultze-Belthum und v. Wenden (H.), v. Bonin-Sternarm und v. Hottel (H.), Dr. Wagnen (Sp.), Dr. Köhling (nat.), v. Hagen und Jäschke (Chr.).

1. Lesung des Etats.

(Erster Tag.)

Abg. Windler (H.) beantragt, aus der Staatsrechnung die Veranschlagung der Veranschlagung der Dienstleistungen von Beamtenstellen auszuscheiden, die zwar in dem vorliegenden Etat ihren finanziellen Niederschlag noch nicht finden, für die aber ein besonderer Gesetzentwurf angehängt ist. Es würde zweckmäßig sein, hiermit die letzten Veranlassungen nicht zu belasten, sondern sie auf die Veranschlagung jenes Gesetzentwurfes zu verschieben.

Abg. Freiherr v. Redlich (H.), Dr. Schröder-Cassel (nat.), Dr. Wemmer (Sp.) und Herold (Chr.) sind damit einverstanden.

Abg. Windler (H.): Mit tiefem Bedauern haben wir von den schweren Schäden bemerkt, die durch elementare Ereignisse an der Offiziellität hervorgerufen worden sind. Wir erwarten, daß die Regierung so rasch und reichlich hilft, wie überhaupt mit Geldmitteln geholfen werden kann. Das Haus wird gern alles Notwendige bewilligen. (Beifall.)

Mit den Ausführungen des Finanzministers über den

Wehrbeitrag

sind wir im allgemeinen einverstanden. Wir bitten aber dringend, die Frist zur Abgabe der Vermögenserklärung wesentlich zu verlängern. (Beifall.) Ein entsprechender schleuniger Antrag wird auch im Reichstag eingebracht werden. Mit den Ausführungen des Finanzministers über die Vermögensverhältnisse im Reichstag sind wir nicht einverstanden. Wir haben das Gefühl, hinter uns zu stehen, und mit uns auch viele Bevölkerungskreise, die nicht direkt zu uns gehören. Man hat eine Bahn beschritten, die zu einem verderblichen Ziele führen muß. Das ist der erste Schritt auf einem Wege, der noch schwere Folgen nach sich ziehen muß. (Sehr richtig, rechts.) Auch frühere Regierungserklärungen stehen auf demselben Standpunkt. Wir haben nicht erklärt, daß die direkten Steuern der Bundesstaaten vorbehaltlich bleiben müssen. Das war bisher auch der Standpunkt der Regierung. Wir wünschen das nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern im Interesse der Aufrechterhaltung der

Selbstständigkeit der Einzelstaaten.

Bedauerlich ist die Passivität der Regierung, die ruhig aufsieht, wie im Reichstag gewisse Kräfte an der Arbeit sind, um die Rechte des Reichstages zu erweitern auf Kosten der Regierung, der monarchischen Autorität. (Rebhafter Beifall rechts.) Wir sehen kein Gegenwärtiges der Regierung gegen die sozialdemokratische Agitation, gegen die Verbeugung in den gefährlichen Grenzgebieten des Reiches, so daß wird. (Sehr richtig! rechts.) Im Herrenhaus hat man von einer Kapitulation der Regierung gesprochen. Die Partei des Unfortschritts kann sich ihres Glückes freuen. Bessere Rechte sind ihr noch nie in die Schenken gegeben worden, als im Sommer 1913. Der Finanzminister erklärte, Preußen habe dem Reichstag nur nachgegeben, weil große vaterländische Interessen auf dem Spiele standen. Die werden immer auf dem Spiele stehen. Damit kann man jeden weiteren Schritt auf diesem Wege entschuldigen. Wir bedauern, daß die Regierung hier so wenig Befähigung gezeigt hat. In der Frage der

Steuersenkung

darf der provisorische Charakter nicht vertuscht werden, wenn ich auch nicht sagen will, daß wir sie jetzt schon für überflüssig halten. Sobald aber eine Herabsetzung möglich erscheint, muß sie auch erfolgen. Eine bessere Veranlagung der Kapitalrenten ist zu fordern. Das richtige wäre eine gesetzliche Regelung. Die Lage der Landwirtschaft bedarf der größten Fürsorge der Regierung. Die Lage der Landwirtschaft ist durchaus keine so glänzende, wie es der Reichstagspräsident dargestellt hat. Die bekannten Ausführungen des Landwirtschaftsministers über die Bedeutung von Landwirtschaft und Industrie finden unseren vollen Beifall. (Zustimmung rechts.) Die von uns vorgelegte Denkschrift über die Tätigkeit der preussischen Arbeitsnachweiseverbände gibt ein Bild glänzender Ausgänge. Hoffentlich kommt bald ein Zusammenstoß in einem einzigen preussischen Arbeitsnachweis. Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten und Ausbau der Arbeitsnachweise ist die beste Arbeitslosenversicherung. Eine

Arbeitslosenversicherung

würde zu weit führen. Mit der Haltung des Staatssekretärs des Innern im Reichstag sind wir nicht einverstanden. Schließlich müssen wir mit Nachdruck eine Kadastreue Regelung der Bodensteuern verlangen.

Die kleineren Gemeinden werden durch die Volkskassenlasten viel mehr beschwert als die Großstädte. (Beifall rechts.)

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg: Daß der Staatssekretär des Innern eine Reichsreformvorschlag für eine verhältnismäßig nahe Zeit, aber überhaupt in Aussicht gestellt habe, beruht auf einer Verneinung seiner Ausführungen. Selbst wenn die Frage der Arbeitslosenversicherung rein akademisch betrachtet wird, ist sie nicht spruchreif. Ihre praktische Durchführung durch das Reich hätte ich für absehbare Zeit für unmöglich. Der Vordränger hat mir an mehreren Stellen meiner Rede den Vorwurf der Passivität gemacht: gegenüber der Sozialdemokratie, gegenüber den Juden an den Grenzen des Reiches, bezüglich meiner Haltung im Reichstage usw. Über meine Haltung im Reichstage habe ich ja am vorigen Sonnabend im Herrenhaus gesprochen. Gegen allgemein gehaltene Vorwürfe, wie Passivität, lege ich Verwahrung ein. Solche Vorwürfe müssen im einzelnen begründet sein. Ich gebe hier nur auf die einzelnen Ausführungen ein, in denen er einen Vorwurf für seine Vorwürfe führt. Das ist der Fall bei seiner Kritik an der

Reichsfinanzgesetzgebung des vorigen Jahres. Daß die Vermögenszuwachssteuer eine Last ist, die von den Einzelstaaten schwer, sehr schwer zu tragen ist, darüber besteht wohl nirgends ein Zweifel. Die Frage ist nur, ob das Reich auf andere Weise seinen zwingenden Geldbedarf decken konnte. Die reichliche Scheidung zwischen den Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten wurde zum ersten Mal durchbrochen bei der Reichsreformgesetzgebung. Schon 1908 und 1909 glaubten die Verbündeten Regierungen die erforderlichen Mittel nicht lediglich aus indirekten Steuern herausbekommen zu können, sondern den Verzicht zu müssen, und zwar auf demselben Gebiete, das bereits 1906 angegriffen war. Die von den Verbündeten Regierungen vorgeschlagene Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Lebendigen fand keine Annahme im Reich. Ich habe immer diesen Bedenkenpunkt der Dinge für einen verhängnisvollen gehalten. (Sehr richtig! links.) An der Tatsache kommen wir nicht vorbei, daß die Abhebung der Erbschaftsteuer den Antrag auf Reichsreformvorschlag verfehlt und leider viel tiefer verbleibt hat. (Sehr richtig! links.) Diesen Antrag haben auch die Konservativen im Reichstag zugestimmt. Ich erinnere an die Worte, die der Abgeordnete v. Herold am 9. November 1911 gesprochen hat. Damals sagte er: „Das habe ich hier im Namen meiner sämtlichen politischen Freunde zu erklären, daß wir bereit sind, wenn die Stunde und das Land und unsere Ehre es fordern, nicht bloß Opfer zu bringen, an Gut, sondern auch an Blut.“ Und auf einen Ruf von der linken Seite fuhr er fort: „Gewiß, und wenn es von uns gefordert wird und die nötigen Einnahmen nicht vorliegen, sind wir auch bereit, das Vermögen der Belebenden auf den Altar des Vaterlandes zu legen.“ (Hört! hört! links.) Aber es soll das Vermögen der Lebenden und nicht der Toten sein. — Nun, meine Herren, in Konsequenz dieser Ausführungen hat auch die konservative Partei des Reichstages für den Antrag, Wassermark-Graberger gestimmt (Sehr richtig), und die allgemeine, den verschiedenen Reformformen gerecht werdende Veranschlagung im Reich gefordert hat. So war es communis opinio, daß im Reichstag eine Veranschlagung eingebracht wird, auch wenn die Aufhebung der Formen der Veranschlagung weit auseinander liegen. Nach dem letzten Versuch über den Antrag Wassermark-Graberger sollte eine Veranschlagung des Reiches durch das Reich erfolgen, auch wenn kein neues Geld erforderlich ist. Bei dieser Situation waren doch die verbündeten Regierungen, als die Wehrvorlage des Jahres 1913 mit ihrem enormen Geldbedarf kam, absolut gezwungen,

in erster Linie den Verzicht auf die Vermögenszuwachssteuer zu verlangen. Daß eine reine Reichsreformvorschlag oder Reichsreformvorschlag unmöglich war, fand von vornherein fest. Am nächsten — ich sage das ganz ohne Polemik — hätte ungewissheit eine Wehrvorlage der Verbündeten und Lebendigensteuer gefordert. Ich habe mir in den Jahren 1912 und 1913 alle erdenkliche Mühe gegeben, die prinzipiellen Gegner der Erbschaftsteuer von ihrem Widerspruch abzubringen. Diese meine Versuche sind leider gescheitert. Deshalb sind die verbündeten Regierungen gezwungen gewesen, nach einem Ausweg zu suchen. Und dieser Ausweg fand seinen Ausdruck in der Regierungsvorlage, die vorlag eine primäre Landesreformvorschlag und sekundär eine Reichsreformvorschlag. Diese Regierungsvorlage war für eine ganze Reihe von Bundesstaaten durchaus zweckmäßig. Andere Bundesstaaten legten aber — und wie ich glaube, mit voller Berechtigung — entscheidenden Wert darauf, daß ihnen die Regierungsvorlage Sicherheit gab, daß und wie sie zu ihrem Geld kommen würden für den Fall, daß eine Einigung mit der Landesvertretung nicht gelang. Ohne diesen Zusatz konnte eine große Anzahl von Bundesstaaten für die Vorlage absolut nicht stimmen. Und auch das Reich hatte ein eigenes Interesse daran, daß die Steuer, welche auf die Einzelstaaten gelegt wurde, für das Reich absolut sicher war. So ist die

Reichsreformvorschlag hineingekommen. Die Konservativen wollten und aber gerade das Geld und der Regierungsvorlage hinausstreichen, das wir unbedingt brauchen. Selbst in dem letzten kritischen Moment haben die Konservativen der Regierung nicht diejenige Unterstützung zuteil werden lassen, welche es jetzt recht fertigen könnte, der Regierung zu sagen: „Du hättest nur fest zuhalten müssen, dann hättest du die ganze Sache bekommen.“ Man muß doch auch bedenken, wie die allgemeine politische Situation war. Die Durchführung der Wehrvorlage konnte nicht hinausgeschoben werden. Dafür hätte ich nie und nimmer mehr die Verantwortung tragen können. (Beifall.) Deshalb wurde — das ist keine Kapitulation — eine Einigung über die Deckung erfolgen. (Beifall, Zustimmung links.) Es gibt Momente, so schwer sie auch für die Regierung sein mögen, wo Kompromisse geschlossen werden müssen. Meine Herren, sollte ich mir die Wehrvorlage abschneiden lassen, weil ich mich über die Steuer nicht einigen konnte? Meine Herren, es lag eine

Zwangslage vor, und nicht aus Rücksicht gegen das Parlament, nicht aus einer Sucht zu kapitulieren, nicht aus Passivität haben sich die verbündeten Regierungen damit einverstanden erklärt, schließlich, im letzten Moment, die Vermögenszuwachssteuer anzunehmen, sondern lediglich in dem Gefühl einer schweren und ersten Verantwortung gegenüber dem Reich. (Beifall, Beifall links und im Chr.) Ich möchte auf die Details nicht eingehen, ich möchte wünschen, daß bei der weiteren Aussprache über diese Frage doch auch die Motive, die mich bewegen haben, die die preussische Staatsregierung bewegen haben und ebenso den Bundesrat, auch von der preussischen Volksvertretung gewürdigt werden. Im Interesse der Einzelstaaten befalle auch ich diese Vermögenszuwachssteuer in jeder Beziehung. Aber ich habe es für ein nobles officium gehalten, auch die schweren Opfer auf sich zu nehmen, wenn sie nötig sind, um die Größe und die Unabhängigkeit der Nation zu vergrößern. (Beifall, Beifall links.)

Abg. Herold (Chr.): Auch wir schließen uns dem Ausdruck lebhaften Bedauerns über die Raturveränderungen an der Offiz an. Meine Freunde sind der Meinung, daß der Grund der Ausbringung des Wehrbeitrages eine Ausnahme bleiben muß, und sie bedauern, daß die Erbschaftsteuer in dem Wehrbeitrages enthalten ist. Allerdings muß man Rücksicht nehmen auf die Wehrbeiträge des Parlamentes; ich kann aber der Regierung den Vorwurf nicht erproben, daß sie zu wenig energisch aufgetreten ist. Meine politischen Freunde haben auch mit ganz geringen Ausnahmen für den Antrag der Konservativen gestimmt, daß diese

Erbschaftsteuer aus dem Wehrbeitrages befreit werden sollte. Wenn 1906 die Erbschaftsteuer im Reichstags Zustimmung angenommen hat, so geschah

dies mit Rücksicht auf die bestimmte feierliche Erklärung des damaligen Reichstagespräsidenten Fürsten Bismarck und des preussischen Finanzministers Freiherrn von Rheinbaben, daß man nicht daran dachte, die Erbschaftsteuer auf Kinder und Erbgüter im Reich auszubringen. Das war die feste Voraussetzung dafür, daß die Mehrheit des Reichstages dieser Erbschaftsteuer von 1906 ihre Zustimmung gab. (Hört! hört!) Dieser Standpunkt ist im Jahre 1909 von der Regierung verlassen worden. Nun hat allerdings der Reichstagspräsident von der Einbringung der Erbschaftsteuer abgesehen. Aber es muß gesagt werden, daß die

Regierung so gut wie nichts getan hat. Ein Teil meiner politischen Freunde wünschte nicht, daß die Einzelstaaten für die Veranlagung im Anspruch genommen werden sollten. Erst als das Kompromiß zwischen den Parteien abgeschlossen war, hat auch dieser Teil meiner Fraktion dem Kompromiß zugestimmt, während 22 auch damals sich der Zustimmung enthielten. Eins muß ich nochmals mit Bestimmtheit betonen: Einmaligkeit bestand bei meinen politischen Freunden darüber, daß eine Veranschlagung eingebracht werden müsse; nur war der größere Teil der Ansicht, daß der von der Regierung vorgeschlagene Weg, nämlich der Umweg über die Einzelstaaten, der richtige sei.

Der Finanzminister sollte möglichst schnell eine Ausführungsbestimmung zum Wehrbeitragesgesetz erlassen. — In Zeiten abnehmender Konjunktur muß die Eisenbahnverwaltung mehr tun zur Belebung des Wirtschaftslebens, in härteren Maße bauen in Angriff nehmen und Material beschaffen, in Zeiten der Hochkonjunktur muß sie es vermeiden, an einer Ueberproduktion mitzuwirken, und sie muß dann nur das allernotwendigste zur Ausführung gelangen lassen, damit ein Ausgleich zustande kommt und die Rückschlüsse weniger fühlbar werden. In der Staatsbahnverwaltung werden nach wie vor die Katholiken zurückgesetzt.

Das hat auch Fürst Bismarck in seinem Werke anerkannt. Die Katholiken haben das Recht auf die Beamtenstellen wie die Andersgläubigen. Aber schon unter Hardenberg ist nach amtlichen Berichten zum Ausdruck gekommen, daß tatsächlich die Katholiken bei der Beförderung in höhere Stellen nicht gleichmäßig berücksichtigt wurden. Und selbst heute ist es nicht besser, sondern schlimmer geworden. (Sehr richtig! im Centrum.) Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden, um das erschütterte Vertrauen der Katholiken wieder herzustellen. (Beifall, Zustimmung im Centrum.) Der in früheren Jahren erhobene Einwand, daß nicht genügend katholische Bewerber zur Verfügung ständen, wird heute wohl nicht im Ernst aufrecht erhalten werden. (Zuruf: Doch!) Nun, sollte die Zahl wirklich etwas geringer sein, so liegt das eben daran, daß die meisten Katholiken im Voraus wissen, daß sie es nie in höhere Stellen bringen können und sich deshalb lieber gar nicht in die Gefahr der Zurücksetzung bringen. Innerhalb wäre es hierzu freilich, wenn uns die Regierung einmal mitteilen wollte, wie viele katholische Bewerber es von der Zulassung zur höheren Verwaltungslaufbahn ausgeschlossen worden sind. Nachdem nun einmal die Katholiken einen erheblichen Teil Preußens bilden, können sie auch vollständige Gleichberechtigung mit den Vertretern der anderen Konfessionen verlangen. (Beifall im Centrum.)

Die Bestrebungen, Landwirtschaft, Industrie und Arbeiterschaft in dem sogenannten Kartell der schaffenden Stände zu vereinen, sind zu begrüßen. — Für den

Schutz der Arbeitswilligen genügen die heutigen Bestimmungen. Die schlimmsten Auswüchse des Terrorismus bei der Zusammenkunft lassen sich gesetzlich gar nicht fassen. Die Initiative zur Vorlage einer

neuen Wahlreform muß die Regierung ergreifen, nachdem die letzte Vorlage nicht ohne die Schuld der Regierung gefallen ist. Es muß abgeändert werden, was sich aus der vorliegenden Vorlage tatsächlich machen läßt. An dem bestehenden Wahlrecht darf nichts vermindert, (Sehr richtig! im Centrum) namentlich nicht die Drittelung der Wahlbezirke aufgehoben oder erweitert werden. Es muß aber unter allen Umständen das allgemeine Wahlrecht bleiben.

Beim obligatorischen Fortbildungsschulunterricht muß unbedingt auch Religion unterrichtet gefordert werden. Die Regierung hat den Religionsunterricht freiwillig außerhalb der Schulstunden zugelassen. Das genügt nicht. Ein gewisser Druck muß auf die jungen Leute ausgeübt werden, die sich doch gerade in einem gefährlichen Alter befinden und zum Verfall neigen. Ohne Zwang geht es gar nicht. Wir wollen abwarten, ob die Regierung der Auffassung ist, daß eine Fortbildungsschule mit Religionsunterricht weniger gut sei als gar keine. (Beifall im Centrum.)

Der Redner fährt dann mit erhobener Stimme fort:

Die

Aufhebung des Jesuitengesetzes verlangen wir mit aller Entschiedenheit; es ist das einzige noch bestehende Ausnahmegesetz. Das Ausnahmegesetz gegen den Unfortschritt hat man aufgehoben, das gegen die Jesuiten aber besteht noch. (Hört! hört!) Dabei sind die Jesuiten tatsächlich Vertreter der heutigen Gesellschaftsordnung. (Wachen links.) Gerade die Jesuiten haben die Not der Zeit überall rechtzeitig erkannt. 1848 waren es die Jesuiten, welche so erfolgreich gegen die Revolution angeknüpft haben. (Sehr richtig im Centr.) Wenn die preussischen Stimmen im Bundesrat für die Aufhebung des Jesuitengesetzes instruiert werden, dann ist die Majorität dafür vorhanden. Der Reichstag hat bereits die Aufhebung beschlossen. Also liegt die

Entscheidung nur bei Preußen. Deswegen erhebe ich auch hier die Forderung, daß der Ministerpräsident mit Energie dafür eintrete, daß nunmehr dieses gehässige Gesetz gegen die Katholiken endlich beseitigt wird. (Beifall im Centrum.) Mit der Länge der Dauer wächst die Erbitterung der katholischen Kreise gegen dieses Gesetz in zunehmendem Maße. Die katholische Bevölkerung ist nicht mehr in der Lage, die

schreckende Ungerechtigkeit noch länger zu ertragen. (Sehr richtig! im Centrum.) Das Gesetz wird fallen, muß fallen, weil es die Staatsnotwendigkeit verlangt. Auch das Empfinden des evangelischen Volkstums kann hier nicht in Frage kommen. Man berufe nur die Jesuiten zurück, und nach einem Jahre, wenn man die Jesuiten erst einmal aus eigener Anschauung kennt, wird die gesamte Bevölkerung erkennen,

wie unbegründet das Vorurteil war. (Sehr richtig! im Centrum.) Es wird dann so gehen, wie bei den anderen Kulturkampfgesetzen: Jeder schiebt dann die Schuld auf den anderen, daß ein solches solange bestanden hat. Die Unweisen für die Ausführung des Jesuitengesetzes vom vorigen Jahre enthalten noch eine Verschärfung. Die Verantwortung der kleinen Anfragen im Reichstage in Bezug auf das Jesuitengesetz hat geradezu komisch gewirkt. Ich schließe mit dem Wunsch, daß der Ministerpräsident nunmehr das Jesuitengesetz zur Aufhebung bringen wird. Er wird sich damit den Dank und die Anerkennung der katholischen Deutschlands verdienen. Und alle objektiv denkenden Andersgläubigen werden in der Aufhebung einen Akt der Gerechtigkeit erblicken, der nur dem Staatswohl zum Segen gereicht. (Rebhafter Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Köhling (nat.): Selber ist der Abg. Dr. Friedberg durch Krankheit verhindert, in diesem Jahre wieder zum Etat zu sprechen. Ich hoffe, daß er bald wieder an unseren Beratungen teilnimmt. Unsere Finanzen befinden sich dauernd in günstiger Entwicklung. Namentlich durch die Vermehrungen des Abg. Friedberg ist es gelungen, eine Trennung zwischen dem allgemeinen Staatsausgaben und den Einnahmen aus den Eisenbahnen zu erzielen. Der Ausgleichsfonds hat sich bisher durchaus bewährt und muß weiter bestehen bleiben. Auch wir wünschen die Verlängerung der Deflationationsfrist für den Wehrbeitrag. Die Angriffe des Abg. Windler gegen die Reichsfinanzgesetzgebung richten sich auch gegen uns. Ich habe den Ausführungen des Ministerpräsidenten nichts hinzuzufügen. Sobald die finanziellen Schwierigkeiten beseitigt sind, müssen die Steuersenkungen aufgehoben werden. (Zustimmung links.) Das beste Mittel, der Landflucht entgegenzuwirken, ist die Schaffung von Bauernsiedlungen. Innere Kolonisation und Befestigung der Rüstungsindustrie müssen da einsehen, wo der Bauernstand nicht aufkommen kann oder zu verschwinden droht. Die Politik des Schutzes der nationalen Arbeit im Sinne des Fürsten Bismarck muß mehr gepflegt werden. Damit im Innern die Güter billig erzeugt und fortbewegt werden können, müssen die Tarife herabgesetzt werden. Ferner muß den Arbeitswilligen ein besserer Schutz gewährt werden.

Die Regierung muß von den Befugnissen, die ihr das allgemeine Landrecht gibt, energisch Gebrauch machen. Die

Wahlreform kann nicht länger aufgeschoben werden. Sie kann aber nur auf Grund des Dreiklassenwahlrechts erfolgen, das gar nicht so schlecht ist. (Unruhe links.) Wir fordern direkte und geheime Wahl und hoffen, daß auch die Regierung sich unseren Anschauungen anschließt. Wir bedauern, daß in der

Braunschwelger Angelegenheit

die bekannten Bundesratsbeschlüsse aufgehoben worden sind, lediglich auf die Erklärung des Herzogs, daß er nichts tun und nichts unterfertigen werde, was sich gegen Preußen richtet. Die Regierung hat nichts gegen die Weisenagitation getan. Wenn man mit Schwierigkeiten und verschärften Armen dem Treiben der Weisen zuseht, so liegt darin eine Unterstützung dieser Agitation. Die Abnehmer Affäre kann nicht übergegangen werden. Von Herrn von Jagow will ich nicht sprechen, da er sich nicht selber verteidigen kann und wohl auch schwierig von der Regierung in Schutz genommen wird. (Zuruf: Ja!) Man kann es leicht beobachten, daß ganz unschuldige Leute ihrer Freiheit beraubt wurden, aber so stark der Schutz der Freiheit des einzelnen auch sein muß, so steht das Schicksal der Nation turnhoch darüber, und das Schicksal der Nation hängt in letzter Linie ab von der

Verfassung des Heeres.

(Stürm. Beifall rechts.) Die innere Verfassung des Heeres richtet sich nicht nur danach, ob es mit der entsprechenden Zahl von Soldaten und Waffen ausgerüstet ist, sondern mitmachegebend ist auch der Geist des Offizierskorps. (Fortgesetzte Beifallstürme des Abg. Friedberg, die von dem Abgeordneten Vorsitz gerügt werden.) Die Hauptklausel in der Abnehmer Affäre liegt in der Stillverwaltung, die völlig verlagert hat. Vielleicht ist dieses erklärlich durch das vollständige Fehlen des preussischen Elementes in der Beamtenschaft. (Rebhafter Beifall rechts.) Der Reichstagspräsident hat im Reichstage gesagt, er könne nicht entscheiden, wer im Reich sei, die Stillverwaltung oder das Militär. Das ist ein überaus bedenklicher Standpunkt für einen lebenden Staatsmann. Die Ursache der Schwierigkeiten in Bayern liegt in der mangelhaften Auswahl der einschlägigen Beamten. Hier muß der preussische Geist regieren. (Beifall, Beifall. Unruhe links.)

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg: Ich habe volles Verständnis dafür, daß das Empfinden jedes Preußen durch die Abnehmer Affäre sehr scharf und unangenehm berührt worden ist, aber ich kann es nicht für zulässig ansehen, daß mein Verhalten im Reichstag in der Abnehmer Angelegenheit mir hier zum Vorwurf gemacht wird. Ich bin dort nicht als preussischer Ministerpräsident, sondern als Reichstagspräsident

aufgetreten, und eine Kritik dessen, was ich als Reichstagspräsident getan habe, kann nur im Reichstage erfolgen. Aber einige Worte möchte ich dem Vordränger noch erwidern. Er sagt, meine Haltung wäre nicht die eines Staatsmannes. Haben Sie denn aber gemerkt, nicht der Vordränger, aber seine Parteifreunde, die sich beteiligt haben an dem Botum (Zuruf: Ja!), ob das Militär oder das Zivil im Recht war? Haben Sie denn nicht auch in den Verhandlungen in Straßburg einen ganz anderen Eindruck von der Sache gewonnen? Es scheint, daß auch die Freunde des Vordrängers jetzt zum Teil eines besseren belehrt sein müssen.

Bezüglich der Frage des Arbeitswilligenschutzes habe ich im Reichstage ausgeführt, daß ein erhöhter Schutz der Arbeitswilligen in mancher Beziehung notwendig sei. Ich habe aber abgelehnt, das auf dem Wege eines Ausnahmegesetzes zu machen. Eine Wahlreform wird die Regierung dem Parlament nicht aufzuprobieren. Sie wird sich aber auch ebenso wenig eine solche Reform vom Parlament aufzuprobieren lassen. So gut, wie die Regierung seinerzeit die Initiative ergriffen hat, so gut wird sie die Initiative ergreifen, wenn sie über die Zeitpunkte für gekommen erachtet. (Hört! hört!) Ueber die Braunschwelger Frage habe ich mich ausführlich im Reichstage ausgesprochen. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Die Weisen in Hannover mögen sagen und schreiben, was sie wollen, an der Bedeutung dessen, was der jetzt regierende Herzog von Braunschweig gesagt und getan hat, können sie nichts rütteln und nichts drehen. Ich bin von Seiner Königl. Hoheit dem regierenden Herzog ausdrücklich ermächtigt,

(Hört! hört!) vor diesem Hause und vor dem ganzen Lande festzustellen, daß jede Verungung auf den Herzog für Betätigung der Bestrebungen der deutsch-hannoverschen Partei nicht nur dem Willen Seiner Königl. Hoheit nicht entspricht, sondern diesem Willen direkt widerspricht.

(Rebhafter anst. Beifall.) Diese Willensmeinung des regierenden Herzogs ist so bündig und so unmissverständlich, daß, wenn Mitglieder der deutsch-hannoverschen Partei fortfahren sollten, den Herzog für sich in Anspruch zu nehmen, jedermann wissen wird, was davon zu halten ist. Für den Herzog sind beratige Versuche mit seiner Erklärung für allemal abgetan. Meine Herren, wo einzelne Mitglieder der Partei sich tatsächlich in

staatsfeindlichem Sinne

betätigen sollten, da wird selbstverständlich die preussische Regierung mit derselben Energie einschreiten, mit der sie es früher schon getan hat. Im übrigen, ich wiederhole es, sollten wir die Trümmereien dieser Männer nicht zu tragisch nehmen, unter denen es Leute gibt, die im Jahre 1870 mutig für Deutschlands und Preußens Ehre gekämpft haben. (Sehr richtig!) W. S. auch für diese Männer wird der Tag kommen, wo sie ihre Träume ausströmen werden, die Träume, daß Hannover jemals wieder vom preussischen Staat getrennt werden könne. (Beifall.)

Abg. Köhling (nat.): Ich habe nicht gesagt „unwiderstehlich“, sondern „bedenklich“. Ich werde selbstverständlich bei allen Ausdrücken mit der Achtung befehligen, die ich dem Herrn Reichstagspräsident und seiner Stellung schuldig bin.

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg: Ich nehme mit Dank Kenntnis von der Äußerung, die der Herr Abg. Köhling geäußert hat, und bedauere, daß ich in der Kritik seiner Ausführungen einen Ausdruck gebraucht habe, den er tatsächlich nicht gebraucht hat. Sie werden es begreifen finden, daß ich allerdings erregt wäre, wenn der Reichstagspräsident vor einem Forum angegriffen wird, vor dem er sich ausdrücklich nicht verteidigen kann.

Um 1/4 Uhr verlas die das Haus auf Mittwoch, mittags 10 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

— Berlin, 13. Januar.

Der Reichstag nahm heute seine Arbeiten nach der Weihnachtspause wieder auf. Wie üblich war das Haus sehr schwach besetzt. Man fühlte sich in die schlimmsten Perioden der blassenlosen Vergangenheit zurückversetzt. Die Abhandlung hatte das Präsidium diese miserable Besetzung vorausgesehen und deshalb die übliche Petitions-Tagesordnung vorgezogen. Von Weiland war da eigentlich gar nichts, und von Interesse war nur, daß eine Petition zugunsten des Frauenstimmrechts bis weit über die Mitte des Hauses hinaus Interesse gefunden hatte.

Sitzungsbericht aus dem Reichstage.

189. Sitzung vom 13. Januar 1914.
Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr und wünscht den Mitgliedern ein glückliches neues Jahr.

Petitionen.

Die Handelskammer in Nürnberg bittet, die Metallindustrie unter diejenigen Gewerbe aufzunehmen, denen für den in ihren Betrieben verwendeten unvollständig vergällten Brauntwein eine Steuerbefreiung von 20 R. für das Destillat Alkohol gewährt wird.

Die Kommission beantragt Erwägung. Es sprechen dazu die Abg. Rehder (konf.), Dr. Sabetan (soz.) und Straß (elf.). Es bleibt bei dem Kommissionsbeschluss.

Das Reichstagswahlrecht für Frauen.

Der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht richtet an den Reichstag das Gesuch, den Frauen das all-

gemeine und passive Wahlrecht zum Reichstag unter denselben Bedingungen zu verleihen, wie es den Männern zusteht.

Ueber eine ähnliche Petition ging die Kommission im Jahre 1908 einstimmig zur Tagesordnung über. Diesmal schlägt die Kommission vor, die Petition dem Reichstagsrat zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Die Konfessionsdelegationen nun Uebergang zur Tagesordnung. Die Sozialdemokraten Verdrängung. Berichterstatter Abg. Schwarz-Schweinfurt (Ctr.). Arbeitersekretär: Der Vorschlag der Kommission ist ein goldener Mittelweg. Wir müssen den Wünschen der Frauen etwas entgegenkommen, sonst beschwären wir eine Verärgerung herauf, die schließlich zu einschneidenden Maßnahmen führen kann.

Abg. Cohn-Vordhausen (Soz., Rechtsanwalt) fordert das Wahlrecht für alle Frauen und Männer, die über 20 Jahre alt sind. Wenn die Konfessionsdelegationen keine Verfassungsänderung wollen, so können sie das Wahlrecht für das Frauenstimmrecht bei uns im Wege der Kabinettsorder eingeführt werden.

Abg. Rechtsanwält Dr. Bell (Ctr.) befragt es, daß die Frauen jetzt ein weit größeres Interesse an öffentlichen Leben zeigen, als früher. Daraus ist aber noch nicht der Schluss zu ziehen, daß man ihnen das Wahlrecht gewähren muß. Einem Verfassungsbruch, wie ihn der Vordränger mit seinem Appell an die Kabinettsorder proklamiert, machen wir nicht mit. Die Agitation in den Frauenkreisen hat vielfach abstoßende Formen angenommen. Redner erinnert an die Versammlungen des Bundes für Mutterrecht. Dort wurden Redewendungen gebraucht, die jedes häusliche Gefühl verletzen und gegen die von der Tribüne des Reichstages aus Verwahrung eingelegt werden müsse. Wir stimmen zwar dem Stimmrechtsverlangen der Frauen nicht zu, wollen aber doch bekunden, daß wir den gesunden Bestrebungen der Frauenbewegung lebhaftes Interesse entgegenbringen, und bitten darum den Kommissionsantrag. (Beifall im Ctr.)

Abg. Rittergutsbesitzer Dr. v. Graefe (konf.): Draußen im Lande steht man den Wünschen der Frauen

sehr feindselig gegenüber. Selbst in den Kreisen der äußeren Linken will man davon nichts wissen. Auch viele Arbeiter wollen von dieser Morgengabe des Frauenstimmrechts nichts wissen. Fragen Sie nur einmal auf dem Lande nach, dann werden Sie bald Angst vor ihrer eigenen Aussage bekommen. Für eine wirtschafts- und sozialpolitische Betätigung der Frau sind auch wir. Dabei werden sie erkennen, was an der verlogenen Debatte gegen Frauen- und Arbeiterwahlrecht. Aber die vollen politischen Rechte wollen wir ihnen nicht gewähren. Wir sind gegen das Frauenstimmrecht. Es wäre kein Segen für das politische Leben, aber auch nicht für die Frauen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Haas (Sp.): Die Fortschrittliche Volkspartei ist in der Frauenfrage nicht einheitlicher Meinung. Auch die Arbeitermassen gehen in dieser Frage nicht geschlossen vor. Ein Teil unserer Freunde hält die Zeit für das Frauenstimmrecht noch nicht für gekommen. Ich unterschreibe die Forderungen der Frauen.

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Die meisten Frauen würden das Wahlrecht als ein Danaergeschenk betrachten. Die Zeit ist noch nicht gekommen, zu dieser wichtigen Frage Stellung zu nehmen.

Abg. Weber-Herford (natf.): Das Wahlrecht können wir den Frauen noch nicht geben. Selbst in der modernen Frauenbewegung finden sich wertvolle Kräfte. Wir freuen uns, daß viele Frauen in hervorragender Weise dort tätig sind. Die Frauen sollen auch weiter auf kulturellem und sozialem Gebiete tätig sein, besonders in den Gemeinden, im Wohnungswesen u. s. w.

Abg. Dr. Bell (Ctr.): Dr. Cohn will durch eine Kabinettsorder das Frauenstimmrecht einführen. Er will also die Macht des Königs erweitern. Er hat sich überraschend schnell zum Monarchisten gemauert.

Die Petition wird zur Kenntnisnahme überwiesen.

Die postlagernden Sendungen.

Der Kölner Verband der Männervereine zur Bekämpfung der öffentlichen Unkeuschheit verlangt, daß

postlagernde Sendungen nicht die volle Adresse des Empfängers tragen sollen und nur gegen Vorzeigung einer Postausweisur ausgehändigt werden dürfen.

Die Kommission beantragt Ueberweisung zur Kenntnisnahme.

Abg. Dr. Marcorer (Ctr.) will die Petition zur Berücksichtigung überweisen mit Rücksicht auf unsere Jugend. In Remmert und in der Schweiz sei man schon dagegen vorgegangen. Unsere Postverwaltung dürfe da nicht zurückbleiben.

Die Petition wird zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Militärkomitee über Losale.

Ueber das Losal eines Hoteliers in Burg bei Magdeburg war unmittelbar nach der letzten Reichstagswahl ein Mißverständnis entstanden.

Abg. Thiele (Soz.): Hier handelt es sich wieder um ein Mißverständnis des Wortlauts.

Generalmajor Bild v. Hohenhausen erklärt, daß der Verbot seit dem Juli 1912 aufgehoben sei. Das Verbot sei von dem Garafonkommando ausgegangen, das von dem Besuch des Losals für das Militär disziplinärbedingende Wirkungen befürchtete.

Eine Militärbehörde werde niemals ein Losal verbieten, weil jemand sich seinem Recht entsprechend bei den Wahlen so oder so betätigt. Dabei haben wir mit dem Militärkomitee immer ausgezeichnete Erfolge erzielt.

Abg. Schöpslin (Soz.): Die Praxis steht mit den Erklärungen des Generalmajors in schroffem Widerspruch.

Ueber die Petition wird zur Tagesordnung übergegangen.

Einige Petitionen fordern eine Verschärfung, andere eine Erleichterung der Bestimmungen über das Wandergewerbe.

Sie werden nach kurzen Bemerkungen der Abg. Tril (Ctr.) und König (Soz.) als Material überwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, 1 Uhr: Petitionen. Schluss 6 Uhr.

Todes- + Anzeige

Gott, dem Allmächtigen hat es gefallen, gestern Abend meinen geliebten Gatten, unseren treuen Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel

Herrn Heinrich Derksen

nach geduldetem Leiden, wohlgestärkt durch den Empfang der hl. Sterbesakramente, in ein besseres Jenseits abzurufen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Wiesbaden, den 13. Januar 1914.

Moritzstrasse 49.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. Januar, nachm. 2.30 Uhr, vom Südfriedhofe aus statt.

Bekanntmachung.

Die Anmeldungen zum Eintritt in die städtischen höheren Schulen (1. Realgymnasium mit Realschule und Vorschule, Drannenstraße 7; 2. Oberrealschule mit Vorschule am Breitenring; 3. Gymnasium I, Oberlyzeum und Studienanstalt am Schlossplatz, Eingang Mühlgasse; 4. Gymnasium II, Dohmerstraße 9) werden von Montag, den 19. bis Samstag, den 24. Januar von den Direktoren entgegengenommen, und zwar von 11 bis 12 Uhr für die Oberrealschule und das Gymnasium II und von 10.30—11.30 Uhr für das Realgymnasium und das Gymnasium I, Oberlyzeum und Studienanstalt.

Vorzulegen sind das letzte Schulzeugnis, Geburts- und Impf-, bezw. Wiederimpfzettel.

Wiesbaden, den 10. Januar 1914.

Das Rectorium der städtischen höheren Schulen.

Holzversteigerung.

Am kommenden Freitag, 16. Januar ds. Jrs., vorm. 10 Uhr beginnend, werden in dem Rindbacher Gemeindefeld District 2 „Rigelberg“ u. „16 Rundenpohl“, nachverzeichnete Holzsortimente an Ort und Stelle öffentlich meistbietend versteigert:

a) Brennholz:

1. 204 Rmtr. Buchen-Scheit,
2. 115 Rmtr. Buchen-Knüttel,
3. 2 Rmtr. Eichen-Scheit,
4. 137 Rmtr. Eichen-Knüttel,
5. 3415 Stck Buchenwellen,
6. 3370 Stck Eichen-Durchforstungswellen.

b) Rohholz:

7. 23 Stck Eichen-Wertholzstämmchen mit 4,05 Rmtr. Inhalt
 8. 25 Stck Fichten (Kottanne) Stangen 1. u. 2. Klasse.
- Der Anfang wird bei Holzstoß 120 District 2 „Rigelberg“ gemacht. Sammelpunkt der Steigerer am Friedhof „Rigelberg“.

Rambach, 11. Jan. 1914

Der Bürgermeister: Morasch.

Zu Steuer-Erklärungen

Jeder Art, insbes. für die Einschätzung zum einmaligen Wehrbeitrag z. empfindet sich gestützt auf frühere amtliche Tätigk., W. Schmidt, Bgm. i. R., Wehrführ. Vorf. der Wehrsch.-Kom. im Gemeindefeld Sonnenberg. — Moritzstr. 72 II.

Sprechzeit vorm. 10—1.

Die amtl. empf. Tabellen zur Wehrsteuer von Stöckel & Reimer gegen Rücknahme von Mk. 2.05 erhältlich.



Voll Neid ruff Karichen: Sag mir mal, Du nimmst als Schuhputz wohl Erdol!

Der Einführer von 12 verschiedenen ABC-Anzeigen erhält einen ganzen Satz von 25 ABC-Rundbriefmarken von der Erdöl-Fabrik in Mainz.

Schwarze Kleidung

als Spezialität der Firma stets

in grosser
Vielseitigkeit
im Lager



Bestellungen werden sofort erledigt

Telef. 6365

S. GUTTMANN

Weltgeschichte in Charakterbildern

Seeben erschien in unserem Verlage:

Leibniz

Der europäische Freiheitskampf gegen die Hegemonie Frankreichs auf geistlichem und politischem Gebiete. — Von Universitäts-Professor Dr. Dr. Franz K. Rieß.

1.—6. Teilband. Mit 88 Abbildungen. gr. 8°. (VIII u. 149 S.) In Leinwandband M. 4.50

Eine hochschulische Neuauflage, die erste, umfassende

Wiedergabe des größten deutschen Gelehrten, des großen

Philosophen und Staatsmannes, nach dem Stande der in

neuerer Zeit vielfach fortgeschrittenen Lebensforschung. Für

Philosophen, Theologen und Historiker unentbehrlich. Wäge

das Buch dazu beitragen, dem deutschen Volke die Kenntnis

des unterirdischen Geisteslebens in der Geschichte Europas

zu vermitteln.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung der Rheinischen Volkszeitung

Hofspediteur Sr. Majestät
Grossfürst. Russ. Hofspediteur
Königlicher Hofspediteur
L. Rettenmayer
Wiesbaden
Möbelheim
Aufbewahrung von Möbeln.
Hausat Privatsachen, Reise-
gepäck, Instrumenten, Chai-
cen, Automobile etc. etc.
Lagerungsmöglichkeit nach
Wahlweise, Sicher-
heitskammer, vom Motor
selbst verschlossen.

Treuer mit Sachkenntnis
für Werkstoffe, Silberarbeiten etc.
unter Vorbehalt der Muster.
Prospekte und Bedingungen
gratis und franko. Auf Wunsch
Besichtigung eines Lagerortes
Möbel etc. und Kostenvor-
anschläge.

Spezialität: Russ. Hofspediteur
Spezialität: Möbeltransport.
Bureau: Nikolausstrasse 5.

Möbel! Neue und gebrauchte Möbel aller Art.
kompl. Brautausstattungen zu bekannt billigen Preisen.
Möbelhandlung Julius Jäger
51 Sandstrasse Winkel am Rhein Sandstrasse 51

Trauer-
Hüte
Schleier
Crêpes
Blusen
gros die grösste Auswahl
Preise bekannt billig.
Modehaus Ullmann
Kirchgasse 21 Telefon 2972

Trauer-
Hüte u. -Schleier
in reichster und ge-
legener Auswahl
Adolf Koerwer Nachf.,
Fuh: Verh. Koer
Wiesbaden
Winkel: Rothhausstrasse 38.

Gefehandlung
Graf v. Weich, Erbarchstrasse 6.

Der beste Zusatz zum Bohnenkaffee ist
Kathreiners Malzkaffee. Je mehr Malz-
kaffee man-zusetzt, umso bekömmlicher wird
das Getränk. Der Gehalt macht's!

Von möglichst nur frischemelkender
Ziegen-milch für
schwächliches Kind
vom Samstag, den 17. Januar,
1/2 Liter Ziegenmilch verlangt
zu melden bei Frau Dr. Grohmann,
Wiesbaden, Paulinenstrasse 3.

Das Ladieren
von alten und neuen Möbeln sowie
ganzer Wohnungen, Einrichtungen
als auch alle in mein Fach ei-sola-enden
Arbeiten werd. gut u. billig ausgeführt
Zuerst: Adam Häfner, Dohheim
Hedinger-Landstrasse 73.

Fräulein, selbständig u. er-
fahrenes
Mädchen auf sofort gesucht.
Lohn 30 bis 35 Mark monatlich.
Nähe im Laden, Schmalbachstr. 61

Suche tüchtige Mädchen
für Geld und Später.
Frau Anna Schipp, Generalbühnen-
Stellenvermittlerin, Elfridastr. 13

Ein intelligenter Junge
kann in meiner Druckerei jetzt od. zu einem
als Lehrling eintreten.
Gründl. Ausbildung im besten
Druckfach.

Otto Etienne :: Destrach
Druckerei und Verlag — Telefon 6.
monatlich 15 Mk. mit 2 Rte
zu vermieten.
Blücherstrasse 18, 19, 2. St. rechts

Rheumatismus
Sicht und Ischias.
Kurz Spaz.-Behandlung.
Aerztlich empfohlen. Größten Erfolg.
Fellx May, Hiltnergasse 16, 1.

Von der Reise zurück:
Dr. Maas
Hals-, Nasen- und Ohrenarzt
Wiesbaden — Webergasse 3.

Gebrauchte elektr. Kraftanlage
gut erhalten, für Schmiede
zu kaufen gesucht.
Off. u. n. 145 an die Reichsanst. d. Bg.

Licht. Schneiderin
empfiehlt sich in
und außer dem Hause.
Wiesbaden, Hellmuthstr. 35 IIIr.

Schönes
**Manufaktur-
Papier**

große Bogen, per Zentner 4 Mk.,
zu haben in dem
Verlag der Rheinischen Volkszeitung
Wiesbaden, Friedrichstrasse 30.

Baldstraße, Ecke Baumstraße, schöne
Wohnung mit Küche u. Bad, sofort oder
später zu vermieten. Nähe im Haus bei
Hilfen od. Reichstr. 47, 49.

Physiotherapeut nebstbeideter Lehrer
erzieht gründl. Violin-Unterricht.
8 Stunden wöchentlich 10 Mk. Offert. un-
ter N. 2356 an die Geschäftsst. d. Bg.

Katholisches Gesellenhaus.
Morgen Schlacht!
Morgens:
Weißkaffee mit Krant;
Abends: Weisskaffee mit
Morgens: einleitet:
Der Hausmeister.

